Montag, den 15. Oktober 1923 — Einzelnummer 30 Millionen. — 34. Jahrgang — Nr. 241

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Postpreis freibleibend! Für die Woche vom 15. bis 22. Oktober 120 Millionen Mk.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5352.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Millionen, ausw. 15 Millionen. Anzeigen usw. Text 40 Millionen, ausw. 50 Millionen, Stellenangeb. 5 Millionen, Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- u. Wohnungs-Anzeigen 4 Millionen. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Million, das fette Wort 3 Millionen. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Die Fortführung der Marken-Brotversorgung noch nicht gesichert.

Die Forderungen der Sozialdemokratie anerkannt, aber die Durchführung noch nicht entschieden.

Am Sonnabend fanden erneut Verhandlungen zwischen der Regierung und den Koalitionsparteien statt über die Sicherung der Brotversorgung für die nächsten Wochen. Durch die Verzögerung der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz ist auch diese Frage bisher unentschieden geblieben. Die Genossen Simon, Krätzig und Wels wiesen noch einmal mit aller Eindringlichkeit auf die Notwendigkeit hin, infolge des Fehlens jeder Vorbereitung für die Durchführung des Brotverbilligungsgesetzes die jetzt geltende Brotversorgung durch Marken zunächst noch bis Ende dieses Monats weiterzuführen, um in der Zwischenzeit Vorbereitungen für die Durchführung des erwähnten Gesetzes zu treffen. Die Ausführungen unserer Genossen machten auf die übrigen Parteien und auch auf die Regierungsmitglieder aus dem Arbeitsministerium, Finanzministerium und Ernährungsministerium sichtlichen Eindruck. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß sofort etwas unternommen werden müsse, um die Brotversorgung für die minderbemittelte Bevölkerung in den nächsten Wochen zu sichern. Es wurden mehrere Wege vorgeschlagen, unter anderem auch der, durch Ueberweisung von Zuschußrentenempfängern an die Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Erwerbslosen usw. die Verbilligung des Brotes zu ermöglichen. Von sozialdemokratischer Seite wurde bezweifelt, daß sich dieser Plan in den nächsten Tagen durchführen lasse, ohne weite Kreise in Existenzgefahr zu bringen. Vor allem wurde es als unhaltbar bezeichnet, solche Zuschüsse nur den Versorgungsbedürftigen in Orten von 20 000 und mehr Einwohnern zu geben, ohne die zahlreichen Industrieorte in Schlesien, Sachsen usw. einzubeziehen. Eine Entscheidung ist in der Sitzung leider, entgegen unserer ersten Meldung, nicht gefällt worden. Das Finanz- und das Ernährungsministerium wollten vielmehr noch am Sonnabend dem Kabinett Vorschläge machen.

Die Regierung ist jedenfalls durch unsere Genossen auf den furchtbaren Ernst der Lage aufmerksam gemacht worden. Hoffentlich trifft sie eine Entscheidung, die vermeidet, daß das arme Volk in eine Verzweiflungsstimmung hineingetrieben wird.

Neue Richtlinien für die Wohnungspolitik.

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Freitag Maßnahmen zur Gesundung des Wohnungswesens erörtert. Die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt haben sich nach dem Kriege immer trauriger gestaltet. In der Mehrzahl unserer Häuser werden die notwendigen Reparaturen nicht mehr ausgeführt, sodaß heute viele Wohnungen gesundheitsschädlich und lebensgefährlich sind. Dazu kommt die ungeheure Steigerung der Materialpreise, die jede Bautätigkeit seit Monaten fast unmöglich gemacht hat. Tausende von Familien, die sich heute mit unzulänglichen Räumen begnügen müssen, haben bisher kaum Hoffnung, jemals ein eigenes Heim zu bekommen. Dadurch vermehren sich die sozialen Schäden im bedrohlichen Maße. Die Leidtragenden sind die Aermsten der Armen, weil die vermögenden Wohnungssucher die geforderten Wuchermieten zahlen können. Diese Mißstände müssen sich in allernächster Zeit umsomehr zu einer Katastrophe auswachsen, als das Reich in Zukunft, wenn es seine finanziellen Verhältnisse in Ordnung bringen und dem Volke ehrliches Geld geben will, aus öffentlichen Mitteln keine Zuschüsse für den Wohnungsbau mehr leisten kann. Das Kabinett sah deshalb vor der Notwendigkeit, völlig neue Richtlinien für die Wohnungspolitik aufzustellen. Dabei ging es von dem Grundsatz aus, daß eine Gesundung der Verhältnisse nur herbeigeführt werden kann, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, die Reparaturen und den Wohnungsbau wieder aus den einkommenden Mieten zu finanzieren. Deshalb sollen die gegenwärtigen Mieten, die in keinem Verhältnis zu den Warenpreisen stehen, allmählich wieder auf den Stand der Friedensmieten gebracht werden. Die Regierung glaubt, im Laufe eines Jahres diese unumgängliche Maßnahme bei größter Schonung der Bevölkerungsschichten, durchführen zu können. Der vorhandene Mieterschutz soll bestehen bleiben und weiter ausgebaut werden. Seine Aufgabe wird sein, einem Mahnungswucher vorzubeugen. Das Kabinett denkt nicht daran, die erhöhten Mieten dem privaten Hausbesitz zugute kommen zu lassen, sondern beabsichtigt, die zu erwartenden Einnahmen im wesentlichen zum Bau neuer Wohnungen zu verwenden. Deshalb sehen die neuen Richtlinien vor die Deckung der Kosten vor, die den Hausbesitzern durch die Vornahme von Reparaturen und Ausübung der Verwaltung entstehen. Diese Bestimmung bedeutet einen Zwang für den Hausbesitzer, Reparaturen vornehmen zu lassen. Außerdem wird dem Hauseigentümer eine mäßige Risikoprämie gewährt. Der wesentliche Rest des Mieteinkommens fließt aber in die Kasse des Reiches, der Länder und der Gemeinden und wird zu einem Fonds vereinigt. Er soll dem Bau neuer Wohnungen dienen. Die Wohnungsbauabgabe, die heute völlig unzureichend geworden ist und gegenwärtig kaum 50 Prozent der Einziehungskosten deckt, fällt ganz weg.

Die kommende Mietpreiserhöhung stellt gewiß eine schwere Belastung der Mieter dar. Daß neue Wege gegen das Wohnungselend eingeschlagen werden mußten, ist zuzugeben; eine Beurteilung im Einzelnen behalten wir uns vor. Tatsächlich waren aber die bisher gezahlten Baukostenzuschüsse des Reiches eine Liebesgabe an die Unternehmer, die infolge des niedrigen Mietzinses, der sich in jedem Index ausgleicht, entsprechend niedrigere Löhne zahlen konnten. Es ist deshalb selbstverständlich, daß durch eine zweckmäßige Lohnpolitik die Mietpreiserhöhung für die Massen erträglich gestaltet werden muß.

Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes.

Die entscheidende Abstimmung im Reichstag.

Daß in der Sitzung des Reichstages am Sonnabend eine gewichtige Entscheidung fiel, sah man schon an der Menschenmasse, die trotz des strömenden Regens seit den Vormittagsstunden das Reichstagsgebäude umlagert hatte. Das Interesse am Parlament war so groß, daß Schutzpolizei aufgeboten werden mußte, um all die Vielen, die Einlaß begehrten, zurückzudrängen. Das Haus selbst wimmelte von Menschen wie ein Ameisenhaufen. Als Präsident Löbe die Sitzung um 1¼ Uhr eröffnete, waren alle Tribünen überfüllt. In der Botschafterloge saßen neben dem Vertreter der Sowjetrepublik die Botschafter Frankreichs, Englands und Italiens. Unter den Abgeordneten war ebenfalls kaum ein Platz leer. Bei den Deutschnationalen fehlten allerdings Helfferich und einige seiner Gesinnungsgenossen aus Obstruktion gegen den eigenen Fraktionsbeschluß, bei der Abstimmung den Saal zu verlassen. Vereinzelt saßen auf der Regierungsbank diejenigen der Reichsminister, die dem Reichstag nicht als Mitglieder angehören. Der Reichskanzler selbst und die übrigen parlamentarischen Minister hatten sich zu ihren Fraktionen begeben.

Präsident **Löbe** weist bei Eröffnung der Sitzung in Befürchtung störender Obstruktionsmethoden darauf hin, daß es nach der Geschäftsordnung in seinem freien Ermessen steht, das Wort zur Geschäftsordnung zu erteilen. Schon marschiert der erste kommunistische Sprecher auf. **Stöcker** beantragt, zunächst über die Notlage im besetzten Gebiet zu sprechen, sein Parteigenosse **Koenen** wünscht als Punkt 1 der Tagesordnung einen Antrag auf Aufhebung des Verbotes der „Roten Fahne". Aber die Gesinnungsfreunde von der äußersten Rechten, mit denen man die gemeinsame Taktik für diese Abstimmungssitzung besprochen hatte, tun den Kommunisten diesmal nicht den Gefallen; sie erheben Widerspruch. Da **Lebebour** das Wort zur Geschäftsordnung verweigert wird, meldet er sich schlagfertig „zur Abstimmung" und beantragt Aussetzung der Abstimmung, bis der Reichskanzler eine Anfrage des Kommunisten Frölich über die Beziehungen zwischen Stinnes und rechtsradikalen Organisationen beantwortet habe. Aber auch dieser Antrag findet nicht die notwendige Unterstützung. Sodann erhält unter höchster Spannung des ganzen Hauses der Führer der Bayrischen Volkspartei **Leicht** das Wort. Seit den Vormittagsstunden hieß es wiederholt, daß die Fraktion in ihrer Haltung umgefallen sei und sich zur Obstruktion entschlossen habe. Leicht erklärt, daß die Hoffnung seiner Fraktion, die Konfliktsmöglichkeiten zwischen dem Reiche und Bayern auf ein Minimum beschränkt bleiben möchten, nicht in gewünschter Weise in Erfüllung gegangen wäre. Ein Aufatmen geht durch das Haus, als er fortfährt: Trotzdem halten wir an den früheren Erklärungen fest und werden keine Obstruktion üben.

Als das Haus zur Abstimmung schreitet, verlassen vereinbarungsgemäß Kommunisten, Deutschnationale und Deutschvölkische den Saal. Vergebene Liebesmühe. **Die Zahl der Abgeordneten, die sich an der Abstimmung beteiligen, beträgt 347,** also 41 mehr als zu einer verfassungsändernden Abstimmung notwendig sind. **Nur 24 von ihnen haben mit Nein gestimmt,** darunter die 17 Abgeordneten der Bayrischen Volkspartei. Diesem kleinen Häuflein von Gegnern des Gesetzes stehen **316 Stimmen mit Ja** gegenüber. 294 Ja hätten genügt für die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Sieben Abgeordnete enthielten sich der Stimme, an der Spitze Stinnes mit seiner Gefolgschaft innerhalb der Deutschen Volkspartei, zu der auch Becker-Hessen gehört.

Das schwerumkämpfte Gesetz hat also bei einer außergewöhnlichen Besetzung des Hauses eine Mehrheit gefunden, auf die man nicht zu hoffen wagte. In der lebhaften Unterhaltung der Abgeordneten über diesen Sieg der Regierung überhört man den kommunistischen Protest gegen das Gesetz. Langsam leert sich das Haus, draußen harrt noch lange die Menschenmenge auf die Minister, denen das Parlament am Sonnabend eine verantwortungsvolle Aufgabe zugewiesen hat.

* * *

Von der 173 Mann starken sozialdemokratischen Fraktion fehlten auch bei der Sonnabend-Abstimmung 14 Mitglieder, z. T. entschuldigt, z. T. unentschuldigt. Die Anwesenden stimmten mit Ausnahme der Genossen Rosenfeld und Wurm für das Ermächtigungsgesetz, da am Vormittage mit übergroßer Mehrheit Fraktionszwang beschlossen worden war. Die Fraktionsminderheit veröffentlichte nach Beendigung der Sitzung zur Begründung ihrer Haltung folgende Erklärung:

„Wir haben uns vergeblich bemüht, die Mehrheit der Reichstagsfraktion für unsere, in der Fraktionserklärung vom 9. Oktober 1923 niedergelegte Ueberzeugung zu gewinnen. In der Vertretung unserer Ueberzeugung haben wir in der Fraktion alle legalen Mittel erschöpft.

In letzter Stunde beschloß die Fraktion gegen unseren Willen, daß jedes Mitglied für das Ermächtigungsgesetz stimmen müsse. Diesem unbedingten Fraktionszwang fügten wir uns. Nicht, weil wir unsere sachliche Meinung geändert haben, sondern weil wir die Einheit der Partei wahren wollten und wahren mußten.

Nun hat der Parteitag zu entscheiden."

Berlin, den 13. Oktober 1923.

Crispien, L. Agnes, Franz Künstler, Adolph Hoffmann, Fritz Zubeil, Marie Wachwitz, Horn, Rysel, Anna Ziegler, Fleißner, Ristau, Albrecht, Ad. Schwarz, Löwenstein, Beckmann, Fritz Geyer, Anna Nemitz, Schirmer, Breunig, Plettner, W. Voß, Fr. Eichler, A. Burchardt, Bernhard Düwell, Kuhnt, Hoffmann-Schmargendorf, Seger-Leipzig, Kunert, Fries, Soldmann (Franken), Simon (Franken).

Nichtanwesend waren von der Minderheit die Genossen Levi, Tom Sender, Ditzmann, Aufhäuser, Bock und Braß.

Von den Kommunisten enthielt sich der Abgeordnete Reich der Stimme. Er verließ anfangs mit seinen Fraktionsgenossen den Sitzungssaal, kehrte dann aber durch die Mitteltür auf der linken Seite des Hauses zurück und gab eine blaue Karte ab.

Unsere gestrige Partei-Konferenz.

Die gestrige Bezirkskonferenz unserer Partei hatte Stellung zu einer politischen Lage zu nehmen, wie sie ernster auch die lange Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nicht aufzuweisen hat. Unsere schlesische Parteiorganisation hat sich dieser Situation schon darin gewachsen gezeigt, daß sie in der Aussprache Maß hielt, nachdem als Referent der von der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft herübergekommene Genosse Dr. Curt Geyer eindrucksvoll den Standpunkt der Fraktionsmehrheit dargelegt und unser schlesischer Führer Löbe als erster Debatteredner vom Standpunkt der Fraktionsminderheit bei der letzten Abstimmung über die Koalitionsfrage seine Ausführungen ergänzt hatte. Es kann für die breitesten Kreise der Partei vorbildlich sein, wie unser Genosse Löbe aus seiner kritischen Stellungnahme zur letzten Koalitionsbildung nun nicht etwa den agitatorischen Gewinn der Ablehnung jeder Verantwortung für die letzten und die kommenden Ereignisse, sondern positive Folgerungen für die einheitlich zu führende Politik der Partei auf den jetzt gegebenen Grundlagen zog. Folgende Entschließung wurde gegen wenige Stimmen angenommen:

Die Bezirkskonferenz der mittelschlesischen SPD. würdigt bei allen Bedenken die Gründe, die die Reichstagsfraktion für den Wiedereintritt in die Reichsregierung bestimmt haben. Die Konferenz hält die Geschlossenheit der Partei in den bevorstehenden Kämpfen für die wichtigste Vorbedingung des Erfolges der deutschen Arbeiterklasse und ruft daher die Parteigenossen auf, jetzt unsere Machtposition innen- und außerhalb der Reichsregierung nicht durch unfruchtbaren Streit zu schwächen, sondern die Reihen fester gegen den Ansturm der nationalistischen, agrarischen und schwerindustriellen Reaktion auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu schließen.

Die Konferenz verlangt von der Reichsregierung sofort Sicherungsmaßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung vor allem mit Kohle und Kartoffeln, ferner entschiedene Maßnahmen zur Durchführung des Reichsrechts in Bayern und die Umwandlung des militärischen in den zivilen Ausnahmezustand im ganzen Reich. Von der Währungsreform erwartet die Konferenz nur dann Erfolg, wenn radikale wirtschaftliche und finanzpolitische Maßnahmen im Sinne unserer Forderungen sie raschestens ergänzen. Ohne eine Erfassung der Sachwerte erwartet die Konferenz keine Dauerlösung des Reparationsproblems.

* * *

Genosse Landtagsabgeordneter **Scholich** eröffnete als Vorsitzender die Konferenz mit einem Hinweis auf den Ernst der Stunde und begrüßte die Vertreter der schlesischen Nachbarbezirke sowie den Referenten, Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Kurt Geyer, der im Auftrag des Parteivorstandes erschienen war, und den gleichfalls aus Berlin zu der Konferenz erschienenen Führer der Schlesischen Partei, Reichstagspräsidenten Genossen Paul Löbe.

Genosse Dr. **Geyer** wies in der Einleitung seines Referates auf die gestern durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag gelöste Teilkrise hin, die noch keine Lösung der allgemeinen Krise bedeutet. Diese tiefere Krise sei die Folge der Tatsache, daß dem verlorenen Kriege noch kein echter Friede gefolgt. Die Belastung der Reichspolitik mit der ungelösten Reparationsfrage stärke alle Tendenzen zur Loslösung von der einheitlichen deutschen Republik. Dazu käme vor allem durch die aufreizenden Besatzungsmaßnahmen im Westen die ständige Provozierung extrem nationalistischer Reaktionen, die wiederum einen impulsiven gefühlsmäßigen Radikalismus auf der anderen Seite auslösen. Der Versuch zur Lösung der Reparationsfrage durch die Erzbergersche Steuerreform wurde nicht durch entsprechende währungspolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen ergänzt, sodaß er durch die Geldentwertung mit ihrer einseitigen Belastung zunächst der Lohn- und Gehaltsempfänger unwirksam gemacht werden konnte. Die Einnahmen des Reiches und die Lebenshaltung der nichtbesitzenden Schichten verschlechterten sich damit gleichzeitig. **Wir haben so eine wirkliche soziale Revolution gehabt, aber nicht im sozialistischen Sinne.** Die wirtschaftliche Macht baute sich in wenigen Händen zusammen. Die Welle der Enteignung ergriff auch die breiten Schichten des deutschen Mittelstandes, die seelisch dadurch zermürbt und politisch der Spielball der widerstreitenden Kräfte wurden. Diese Entwicklung spitzte sich zu, als die Staatsausgaben durch die Geldentwertung nicht mehr zu decken waren. Als Ende 1920 die Dollarsteigerung noch einmal gestoppt zu werden schien, erfolgte der erste Vorstoß der Schwerindustrie für die Ver-

längerung der Arbeitszeit. Da die Profitrate des Industriekapitals damals durch die Geldentwertung für einen Augenblick nicht mehr aufrecht gehalten zu werden schien, wurde sofort ihre Erhöhung durch eine Herabdrückung der Lohnquote zu erreichen versucht. Der außenpolitische Druck verstärkte sich bis zum Einmarsch ins Ruhrgebiet, der mit der modernsten Form des Machtkampfes zwischen Nationen im passiven Widerstand beantwortet wurde. **Dieser Widerstand war berechtigt, aber er wurde schlecht finanziert, schlecht geführt und zu lange geführt.** Am Ende des Kampfes wurden alle Löhne im Ruhrgebiet aus der Reichskasse bezahlt und auch ein Teil der Betriebe im unbesetzten Gebiet konnten nur noch mit Reichsmitteln weiterarbeiten. Die Kontrollmöglichkeiten über die Verwendung dieser Reichsausgaben waren gering, sodaß gewissenlose Spekulanten mit diesen Reichsgeldern den Kampf gegen die deutsche Mark führen konnten. Kurz, das Kabinett Cuno stand zuletzt vor einem großen Scherbenhaufen. Die dringendsten Aufgaben waren damals Abbau des Widerstandes, Wiederaufnahme der Produktion und Rettung der Währung. Diese Aufgaben waren nur gegen stärkste Widerstände zu lösen, die teils aus dem irregeleiteten Nationalgefühl, teils aus privatkapitalistischen Interessen sich erhoben. Die Existenz des Reiches war in Frage gestellt. Jeder Versuch gewaltsamer Lösung dieser Fragen mußte aber Bürgerkrieg und damit erst recht Reichszerfall bringen. **So blieb nur Koalitionspolitik übrig,** Koalitionspolitik nicht als Kapitulation vor dem Gegner, nicht als Aufgabe eigener Grundsätze, sondern als ein Versuch, **die Kräfte des Gegners zu binden,** Koalitionspolitik als die Kampfesform, die zwischen großen, im Volk verwurzelten Parteien, in solcher Lage allein angewandt werden konnte. Wir konnten diesen Weg wählen, weil wir als Partei stark genug dazu waren. Das Bürgertum fürchtete zwar sozialistische Finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, aber es fürchtete sich auch, allein die Verantwortung für die Tragung der Reparationslast zu übernehmen.

Was hat das erste Kabinett Stresemann, in das wir damals eintraten, geleistet? Es hat den passiven Widerstand zum Abschluß gebracht und damit die am schlimmsten fressende Wunde am Körper der Reichsfinanzen zu schließen versucht. Es hat die unter Cuno verschleierten Finanzverhältnisse schonungslos offen gelegt, ein Verdienst Hilferdings, das ihm nie vergessen werden darf, und es hat auch die Steueraufwertungsgesetze, die jetzt auf dem Verordnungswege in Kraft getreten sind, bereits vorbereitet. Das waren Taten, deren sich diese Koalitionsregierung ehrlich rühmen darf und die ihr natürlich erst recht die Feindschaft der Nationalisten und der Groß-Industrie eintrugen. Aber damit ja eine Sekundärkrise eingeleitet, die die schädlichen Wirkungen aus dem Körper der deutschen Volkswirtschaft schließlich ausscheiden mußte, die auch die Industrie zur Reorganisation ihrer Produktion und ihrer Kalkulation zwingen konnte. Ein Sinken der Profitrate stand damit allerdings für die Groß-Industrie in Aussicht. Aufs neue begann in diesem Augenblick die Agitation für die Verlängerung der Arbeitszeit, nicht im Interesse der Produktion, sondern in dem Bestreben, möglichst wenig Arbeiter möglichst lange arbeiten zu lassen. Die Stinnessche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sprach es offen aus, daß die Verlängerung der Arbeitszeit in diesem Zeitpunkt Zunahme der Erwerbslosen und Senkung der Lohnquote bringen müßte.

Sobald aber die Gefährdung am Horizont Deutschlands auftauchte, zeigten sich auch die Vorboten schwerster sozialer Auseinandersetzungen. Das Signal kam aus Bayern. Als Gegenmittel, das nicht ungefährlich sein konnte, wurde der militärische Ausnahmezustand über das ganze Reich verhängt. Da erfolgte der parlamentarische Vorstoß des rechten Volksparteiflügels. Unsere Gegenkräfte waren schwächer als früher, da die politische Konstellation unter dem Zeichen des Erfolges der Reaktion in Italien, Spanien, Frankreich stand und gleichzeitig die Enttäuschung der Arbeiter und Erschütterung der Stimmung unter den Intellektuellen durch die Erfolge der wirtschaftlichen Reaktion in Deutschland verwirrend wirkte. Innere Auseinandersetzung schwächte die Stoßkraft der Partei.

Die Parole der Gegner war an Verlogenheit nicht zu überbieten. Sie ging angeblich **„gegen den Marxismus“**, als ob Währungsverfall, Desorganisation der Produktion, Konsolidierung der Schwerindustrie, Zermürbung des Mittelstandes und Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter den Marxschen Ideen entsprochen und entsprängen, während es doch **tatsächlich „Erfolge“ nicht des Marxismus, sondern des Stinnesismus sind** — wenn man von einer einheitlichen Ideologie der Interessenanwälte des Großkapitals sprechen könnte.

Es galt den Stoß aufzufangen und die Hände freizubekommen für friedliche Außenpolitik, für Belastung der leistungsfähigen Schultern mit den Reparationskosten und für eine Lösung der deutschen Gesundungskrise unter Schonung der Arbeitskraft der deutschen Arbeiter. Die Stoßkraft der bayrischen Reaktion, die sich in einer längeren Periode rein bürgerlicher Regierungen in Bayern gesammelt hatte, war nicht zu unterschätzen. Die Mobilmachung rechtsradikaler Kräfte in der Nähe Berlins zeigte, daß die **Drohung einer Rechtsdiktatur kein leeres Schlagwort** war.

Zwei taktische Wege der Abwehr eröffneten sich. Man konnte im Parlament zur Opposition übergehen und die Kräfte der streitenden Massen außerparlamentarisch sammeln. Das hatte den Vorzug für sich, Klarheit in der Agitation zu schaffen. Aber diese Auffassung ging von der pessimistischen Voraussetzung aus, daß die Rechtsdiktatur doch käme, war also nicht ein Ausfluß von Stärke und Stärkebewußtsein, sondern eher von Schwäche und Entmutigung. (Lebhafte Zustimmung.) Die lebhaftesten Verteidiger dieser Taktik rechneten selbst nicht mit der Möglichkeit einer sofortigen erfolgreichen außerparlamentarischen Auseinandersetzung. Sie standen unter der Nachwirkung einer Tätigkeit reiner Agitation und bloßer Opposition der ihnen nahestehenden Kreise vor der Einigung der Gesamtpartei. Die Mehrheit der Fraktion folgte dieser Taktik nicht, sondern hielt es für ihre Pflicht, jetzt keine Machtposition im Reiche preiszugeben und dadurch die Kampfbasis für die kommenden Auseinandersetzungen um die außenpolitischen Entscheidungen zu stärken, den Ausbruch des Bürgerkrieges und damit die Zerstörung einer einheitlichen Kampfbasis der deutschen Arbeiterklasse aber solange als möglich zu hindern. Die ersten Erfolge haben dieser Taktik recht gegeben. **Wären wir aus der Regierung ausgeschieden, so hätten wir jetzt bereits statt des parlamentarisch gesicherten achtstündigen Arbeitstages mit gesetzlich zulässigen Ausnahmen einen mindestens neunstündigen Normalarbeitstag mit der Möglichkeit weiterer Verschlechterungen** und mit allen Folgen für Vermehrung der Arbeitslosigkeit, noch weitere Herabdrückung der Lohnquote usw. Auch die kampfesmutigsten Gewerkschaftsführer glauben nicht, daß die außenparlamentarischen Mittel der Arbeiterklasse genügt hätten, um einen solchen Sieg der Reaktion in einem Ansturm abzuwehren. Durch unsere Haltung ist die Rechtsdiktatur jetzt mißlungen und der Gegner ist Schritt für Schritt von der Linie des Vorstoßes derer um Stinnes zurückgedrängt worden.

Das Ermächtigungsgesetz, um das die entscheidenden Kämpfe scheinbar geführt wurden, gab nur den Vorwand für die letzten Versuche der Aufrichtung dieser Diktatur. Es bringt selbst keine „Diktatur“ des Reichskabinetts, sondern nur eine Ausschaltung parlamentarischer Hemmungen für die Rettungsarbeit der Vertrauensleute der Volksmehrheit. Die Geltung des Gesetzes ist an die Zeit unserer Zugehörigkeit zur Regierungsmehrheit gebunden worden. Unsere Ministergenossen sind also persönliche Bürgen gegen den Mißbrauch dieser Ermächtigung und wir haben auf Grund ihrer erprobten Kampftätigkeit allen Grund, ihnen zu vertrauen. Nicht auf die formellen Bedenken gegen einen solchen Rechtszustand kommt es daher an, sondern auf den Gebrauch, den die Regierung sachlich von dem Ermächtigungsgesetz macht. Dabei muß zugegeben werden, daß jede Gesetzgebung im gegenwärtigen Entwicklungsstand der Wirtschaft und der Politik Experiment ist und sein muß. Die Aufhebung der Kohlensteuer ist vielleicht kein ungefährliches Experiment. Die neue Währung wird — welcher Plan auch Wirklichkeit werden mag — ebenso zu beurteilen sein. Die Währungspolitik wird aber durch **preisregelnde, scharfe Eingriffe in die Wirtschaft,** durch eine Neugestaltung der Außenhandelskontrolle und andere Maßnahmen ergänzt werden. Von unmittelbarer Bedeutung für die Arbeiterschaft wird die Aenderung der Organisation der Sozialversicherung sein, auf die wir ebenfalls Einfluß behalten wollen.

Wenn uns etwas zeigen konnte, daß wir auf dem richtigen Wege sind, so war es **das Zusammenwirken der äußersten Rechten und der äußersten Linken im Kampfe gegen das Ermächtigungsgesetz.** Das widernatürliche enge und öffentliche Zusammenarbeiten von Hergt und Höllein, von Bartz und Graefe während der Reichstagsverhandlungen mahnt daran, daß wir in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie immer den Grundsatz vertreten haben, unser Handeln niemals den Wünschen der schärfsten Gegner anzupassen. Wenn jetzt von den Führern verlangt wird, daß sie sich der Massenstimmung anzupassen hätten, so würde das bedeuten, daß man sich auch der erklärlichen aber unfruchtbaren Verzweiflungsstimmung der Massen anpassen sollte. Das wäre Scheinradikalismus und Richtungslosigkeit gewesen, während wir jetzt mehr wie sonst sachliche Disziplin brauchen. Für die letzten Abstimmungen ist daher durch Parteivorstand und Fraktion mit Recht auch Fraktionszwang geübt worden. Neue schwere Krisen stehen uns bevor. Die endgültige Gesundungskrise der deutschen Wirtschaft wird vielleicht erst die schwersten Kämpfe bringen. **Da brauchen wir die Geschlossenheit der Partei mehr wie je** und dürfen nicht dem Wunsch der Kommunisten zuliebe „erst die rechte, dann die linke Führergarnitur“ selbst erledigen, sondern wir müssen **ein unzerreißbares Band** um die **ganze Partei schlingen,** das Führer und Masse aufs engste aneinander bindet und die Schlagkraft der Sozialdemokratie für die Entscheidung zur höchsten Wirksamkeit bringt. (Lebh. Beifall.)

Genosse **Löbe** glaubt als Gegner dieser Koalitionsbildung innerhalb der Fraktion, daß der Riß innerhalb der Partei durch die letzten Abstimmungen im Reichstage bereits verkleinert sei. Er selbst sei nicht etwa Gegner jeder Koalitionspolitik, solange wir allein noch nicht die Volksmehrheit hinter uns bringen könnten. Er befürchte nur, daß im jetzigen Augenblick die Große Koalition nicht die radikalen Maßnahmen treffen werde, die allein eine wirkliche Lösung auch nur der dringlichen Aufgaben herbeiführen würden; weder eine genügende Mitbeteiligung des Reiches am Gewinn der privaten Produktion zur Lösung der Reparationsfrage, noch umfassende Siedlungsmaßnahmen zur raschen wirtschaftlichen Umstellung, noch bei den unvermeidlichen Zusammenstößen von Not und Besitz die zum Ausgleich erforderliche Beschlagnahme auch privater Konsumgüter wie Gold, Brillanten usw. in größtem Umfange. Für die Fraktionsmehrheit hätte allerdings gesprochen, daß ihre Haltung der Ueberrumpelung durch einen Rechtsputsch erfolgreich vorbeugte. Genosse Löbe machte dann bemerkenswerte Mitteilungen über die bevorstehenden nächsten Wirtschaftsmaßnahmen des Reichskabinetts zur Herabsetzung der wichtigsten Rohstoffpreise und zur Sicherung der neuen Währung, die seiner Meinung nach nur einen vorübergehenden Uebergang zu einer Goldnotenwährung, wie sie Dr. Schacht vorgeschlagen habe, darstellen könne. Notwendig sei vor allem die Reinigung unserer Wirtschaft vom Währungsbetrug, die erst dann vollendet sei, wenn die Stabilisierung täglich ein oder zwei Dutzend der ärgsten Wirtschaftsparasiten zum Konkurs bringe. Irgend eine Demobilmachungsverordnung sollte erst dann aufgehoben werden, wenn mindestens zehn Verordnungen gegen den Besitz vorangegangen seien. Der Achtstundentag sei dann — wie in Rußland — aufhebbar, wenn nicht mehr für das Privatkapital, sondern für die Volksgemeinschaft Mehrarbeit geleistet werden würde. Die Haltung unserer Minister hat die Stellungnahme der Fraktion zum Ermächtigungsgesetz sehr erleichtert und ihnen allgemeines Vertrauen auf allen Flügeln erworben. Neue Kämpfe würden wohl schon beim Arbeitszeitgesetz unvermeidlich sein. Die Fraktion könne dann ihre Entscheidungen revidieren, müsse es aber einheitlich und geschlossen tun. Nicht Pessimismus, wie Geyer meine, was auch nicht die Nachwirkung der Parteispaltung, bestimme seine Stellungnahme, sondern Optimismus, da er selbst von einer Rechtsregierung im Reiche angesichts der außenpolitischen Hemmungen keine wirkliche Rechtsdiktatur gegen das eigene Volk für möglich halte, dafür aber eine Belehrung der Volksmassen über die Illusion aller Hoffnungen auf die Rechte davon erwarte. (Lebhafter Beifall.)

Lehrer **Pietsch**-Breslau ist Gegner der Großen Koalition überhaupt und besonders des Eintritts in das zweite Kabinett Stresemann. Der Nachfolger Hilferdings habe dessen Währungspolitik bereits verwässert. Das Ermächtigungsgesetz ist ein zweischneidiges Schwert. Die Kohlensteuer sollte man jetzt noch nicht abbauen. Redner ist nur für eine Diktatur von Sozialisten. Jetzt tragen unsere Genossen nur die Mitverantwortung für das, was eine bürgerliche Regierungsmehrheit beschließt.

Birnbaum-Breslau begründete die vorgeschlagene Entschließung. Die Fraktionsmehrheit habe dann die richtige Politik gemacht, wenn die Koalitionsregierung ihre außenpolitische Aufgabe, Frieden zu schaffen, löse. Einzelangriffe in die Kartellpolitik könnten eine radikale Währungsreform mit ihrer viel umfassenderen Rückwirkung auf die gesamte Volkswirtschaft niemals ersetzen. Die entscheidende politische Auseinandersetzung in Deutschland erwarten auch die Anhänger der Fraktionsmehrheit von der Koalition nicht, aber die sei erst möglich, wenn die Koalition den Boden dafür durch außenpolitische Entlastung und wirtschaftliche Stabilisierung geschaffen habe. Bei einer verfrühten Auseinandersetzung würden die Linksregierungen Sachsen und Thüringen uns keine Hilfe bringen können, sondern selbst auf Schutz durch das Reich angewiesen sein.

Dr. **Eckstein**-Breslau unterstützt den Wunsch, zunächst geschlossen für die Umwandlung der Militärdiktatur in einen zivilen Ausnahmezustand einzutreten. Das bedenklichste an der Haltung der Fraktion sei ihre geringe Fühlung mit den Parteimassen gewesen, die durch den ordentlichen Parteitag baldigst wieder hergestellt werden müsse. Die Sicherung des Achtstundentages durch die Koalitionsabmachung lasse viel zu breite Durchbrechungen zu und rechtfertige die Bedenken gegen die eingeschlagene Taktik.

Hermann **Müller**-Breslau: Die Rede des Genossen Geyer hat enttäuscht. (Zuruf: Aber angenehm! Heiterkeit.) Entgegen Hilferding bleibt das Bankgeheimnis bestehen. Roßbach läuft frei herum, unsere Gegner von links aber werden verfolgt. Redner glaubt, daß der Zerfall des Reiches trotz der Großen Koalition erfolgen wird. Aus Not werden die Parteizeitungen abbestellt und die Arbeiter sind deshalb immer weniger politisch informiert. Unter dem Ermächtigungsgesetz werden auch wir zu einer illegalen Taktik gedrängt werden. Löbe hat die Stimmung der Massen genauer geschildert als Geyer.

Meyer-Frankenstein ist Gegner der Großen Koalition. Die Massen interessiert diese Frage aber überhaupt nicht. Sie wollen

---

Der Kampf am Dover.

Roman von Victor Hugo.

Wie ein übler Ruf entsteht.

1.

Ein Wort geschrieben auf ein weißes Blatt.

Am Weihnachtsfeste des Jahres 18.. geschah in Guernsey etwas Ungewöhnliches. Es schneite. Ein Winter mit Schnee ist auf den Inseln im Kanal ganz unerhört.

An diesem Weihnachtsmorgen war der Weg von Pelvitelîste die Küste am Meer entlang ganz weiß. Es hatte von Mitternacht bis gegen Morgen geschneit.

Gegen neun Uhr, kurz nach Sonnenaufgang, war der Weg noch fast menschenleer. Auf der ganzen Strecke gingen nur drei Menschen, ein Kind, ein Mann und eine Frau. Alle drei hatten scheinbar keine Beziehungen untereinander. Das Kind, das eine acht Jahre alt sein mochte, war stehen geblieben und sah sich neugierig den Schnee an. Der Mann ging in einer Entfernung von etwa hundert Schritten hinter der Frau her. Er war ebenso wie sie auf dem Wege nach Saint Sampson. Dieser Mensch, der noch jung war, schien ein Arbeiter oder Matrose zu sein. Er hatte seinen Werktagsanzug an, einen groben Tuchkittel und Hosen, die mehr voller Teer waren, so daß er trotz des Festtages anscheinend nicht die Absicht hatte, in die Kirche zu gehen. Seine schweren Schuhe von derbem Leder waren unten an den Sohlen mit dicken Nägeln beschlagen und hinterließen im Schnee einen Abdruck, der mehr einem Gefängnisschloß denn wie ein Menschenfuß. Die weibliche Fußgängerin dagegen war ersichtlich im Kirchgangsstaat. Sie trug einen weiten, wattierten, schwarzseidenen Mantel, unter dem sich ein kokettes Kleidchen aus irischem Stoff mit weißrosa Blümchen verbarg, so daß man sie für eine Pariserin hätte halten können, wären die roten Strümpfe nicht gewesen. Sie ging daher mit Leichtigkeit und Anmut, und an diesem Gang erkannte man das junge Mädchen, das von der Schwere des Lebens noch nichts gespürt hat. In ihrer Haltung von unendlicher Grazie prägte sich jener zarteste Uebergang aus, die Jungfräulichkeit, in der zwei Dämmerungen sich treffen, der Anfang der Frau und das Ende des Kindes. Der Mann hatte dafür keine Augen.

Plötzlich, bei einem grünen Eichenbusch, der ein Feldstück abgrenzte, dicht bei den sogenannten Kleinhäusern, drehte sie sich um, und diese Bewegung machte, daß der Mann sie ansah. Sie blieb stehen, schien ihn einen Augenblick lang nachdenklich zu betrachten, dann bückte sie sich, und dem Mann schien es, als ob sie mit dem Finger etwas in den Schnee schrieb. Sie richtete sich auf, verdoppelte ihre Schritte, drehte sich noch einmal um, diesmal lächelnd, und verschwand nach links auf dem Heckenpfad, der zum Schloß Lierre führt. Als sie sich zum zweitenmal umdrehte, erkannte sie der Mann, es war Deruchette, ein reizendes Mädchen aus Saint Sampson.

Er empfand kein Bedürfnis, sich zu beeilen, und war einige Augenblicke später am Eichenbusch neben dem Hanffeld. Er dachte schon nicht mehr an die Verschwundene, und wenn in diesem Augenblick ein Delphin aus dem Meer getaucht wäre oder ein Rotkehlchen sich im Busch gezeigt hätte, wäre er weiter gegangen, das Auge auf das Rotkehlchen oder den Delphin gerichtet. Zufällig sah er in diesem Augenblick herunter, und so fiel sein Blick unwillkürlich auf die Stelle, wo das junge Mädchen stehen geblieben war. Zwei kleine Fußspuren waren da abgedrückt, und daneben las er in den Schnee geschrieben das Wort: „Gilliatt“.

Dieses Wort war sein Name.

Er hieß Gilliatt.

Lange stand er unbeweglich, betrachtete den Namen, die kleinen Fußtapfen, den Schnee. Dann ging er weiter, tief in Gedanken.

2.

Das Gespensterhaus.

Man erzählte sich in Guernsey, daß gegen Ende der Revolution eine Frau mit einem kleinen Kinde aufgetaucht sei, um sich auf der Insel niederzulassen. Sie hatte scheinbar nur so viel Geld, um knapp davon leben zu können. Ob es eine Engländerin oder eine Französin war, wußte man nicht. Aus ihrem Namen, den man nicht verstand, machten die Leute von Guernsey das Wort Gilliatt.

Damals wurde gerade das Gespensterhaus zum Kauf ausgeboten. Es lag am Ende der Landzunge oder besser des Felsens, der am weitesten ins Meer hinausreicht und einen eigenen kleinen Hafen bildete. Dieses Haus lag ganz einsam, fast außerhalb der Insel und hatte den Fehler, daß es darin spukte. Es gibt auf den Inseln im Kanal mehrere solcher Häuser. Sie sind meist verfallen. Die Fenster tragen absonderliche Pflaster von Balken, die Türen sind mit Stechpalmen verbarrikadiert, im Garten wächst Schierling. Drinnen hängen die Tapeten von den Wänden herab, hier und da steht auf einem Brett ein durchlöcherter Krug. Das ist ein Gespensterhaus. Der Teufel treibt sein Wesen darin. Ein Haus kann zur Leiche werden wie der Mensch. Es braucht nur ein Aberglaube es zu töten, und es wird geächtet.

Zu der Zeit, von der wir reden, lag das Haus fast in Trümmern, es war dreißig Jahre lang nicht bewohnt. Man bot es für wenige Pfund Sterling zum Kaufe aus, mißtraut dem Kobold, der allnächtlich mit Geräuschen und Lichterflackern darin hausen sollte. Die Frau, vom Zufall oder von der Billigkeit verführt, wagte den Kauf. Sie tat noch mehr, sie quartierte sich mit ihrem Jungen da ein. Von diesem Augenblick an war es nachts still. Man hörte kein Geschrei mehr und sah kein anderes Licht als die Talgkerze, die die gute Frau abends darin anzündete.

Die Außenstehenden behaupteten, das Haus hätte jetzt, was es wollte. Sobald eine Hexe in ein Gespensterhaus einzieht, kommt der Teufel nur noch wie der Arzt, wenn er ausdrücklich gerufen wird.

Indes lebte die Frau von dem Ertrag ihrer wenigen Morgen Land und von der Butter, die ihre Kuh ihr ganz ausgezeichnet lieferte. Sie besserte das Haus aus, so gut sie konnte, sie lehrte das Kind lesen. Im übrigen kümmerte sie sich um niemanden. Auch in die Kirche ging sie nie. Alles dies fand man in Guernsey sehr bedenklich.

Mit der Zeit wurde die Frau alt, der Knabe wuchs heran. Sie lebten allein und ängstlich gemieden. Es schien durchaus, als ob sie sich selbst genug wären. „Die Wölfin und ihr Junges“ sagten die Nachbarn, wenn die Rede auf sie kam.

Der Knabe ward ein Jüngling, der Jüngling ein Mann. Eines Tages starb die Mutter, wie die alten Rinden des Lebens eine nach der andern abfallen. Sie hinterließ ihrem Sohn das Grundstück und das Haus, und — wie es im Inventar hieß, das amtlich aufgenommen wurde — „hundert Goldgulden in einem Strumpf“. Das Haus war anständig ausgestattet mit zwei eichenen Truhen, zwei Betten, sechs Stühlen nebst Tisch und kleineren Gegenständen. Auf dem Brett standen etliche Bücher und in einer Ecke ein Koffer, der ganz gewöhnlich aussah und bei der Inventaraufnahme geöffnet werden mußte. Er war von gelbem Leder mit eingepreßten Arabesken und Sternchen aus Nägeln. Er enthielt eine vollständig neue weibliche Aussteuer aus bester Leinwand, Hemden, Unterröcke und seidene Kleider im Stück. Ein Zettel mit der Handschrift der Verstorbenen lag dabei, auf dem zu lesen war: „Für deine Frau, wenn du dich verheiratest.“

Dieser Tod war für den Ueberlebenden ein furchtbarer Schlag. Er tobte. Dann wurde er finster. Die Einsamkeit schloß sich um ihn zu.

Zweien ist das Leben leicht, dem Einsamen wird es zur Bürde, die er kaum ertragen kann. Er versucht es auch nicht. Erst später lernt man begreifen, daß uns das Leben die Pflicht auferlegt, es zu ertragen.

Gilliatt war noch jung. Seine Wunde vernarbte. In seinem Alter heilen Herzenswunden noch. Seine Schwermut milderte sich im Anblick der Natur. Dieses Gefühl zog ihn von den Menschen ab zu den Dingen und söhnte ihn mehr und mehr mit der Einsamkeit aus.

(Fortsetzung folgt.)

...t und Kohke, und der Zusammenbruch kommt, wenn für die ...beiterschaft nicht bald Erleichterungen eintreten. (Sehr richtig!) ...dem Zusammenarbeiten mit der Volkspartei verspreche ich ...diese Linderung nicht. Ein Parteitag muß stattfinden.

Abg. Franz-Neurode: Wir sind alle von der wirtschaftlichen ...der Arbeiterschaft ergriffen, aber der Seele der Arbeiterschaft ...nen wir nicht, wenn wir nicht die Macht haben. Wenn wir aus ...Regierung scheiden, geben wir ein Stück Macht aus der Hand. ...Innenministerium allein ist so wichtig, daß es sich lohnt, ...der Koalition zu bleiben.

Dr. Hamburger-Breslau: Grundsätzliche Unterschiede in der ...alitionsfrage bestehen nicht, uns trennen nur Fragen der ...tik. Redner ist nicht der Meinung von Pietsch, daß unter dem ...bestande der Regierung Cuno oder unter einer anderen von ...beeinflußten Regierung, der passive Widerstand lang- und ...los aufgegeben worden wäre, es wäre vielmehr der Versuch ...nommen worden, ihn aktiv zu gestalten, und das Verhängnis ...unweigerlich seinen Lauf genommen. Unsere Schwäche auf ...lem und wirtschaftlichem Gebiet ist zugleich unsere politische ...wäche, und diese Schwäche ist nur durch Einigkeit zu über...den. Wären wir nicht in die Koalition gegangen, dann wäre ...Bürgertum über alle unsere Belange hinweggeschritten. Auch ...Stellung in Sachsen, Thüringen und Preußen wäre un... geworden.

Clara Zils-Breslau: Hätten wir die Koalition abgelehnt, wäre doch keine Arbeiterregierung gekommen, sondern eine Re...rung mit deutschnationalem Einschlag, und das hätte die Lage ...Massen noch verschlimmert. Für klassenbewußte Arbeiter ist ...unmöglich, mit den Kommunisten zusammen zu gehen, die ...den Deutschnationalen eine Kampffront bilden. Ohne die ...alition hätten wir die Rechtsdiktatur und den Zehnstundentag.

Deutsch-Oels: Nicht die Frage der Koalition hat die Massen ...er gemacht, sondern unsere viel zu lange Duldung der Re...rung Cuno. Die Verelendung kam und wir machten dieser ...rung noch Konzessionen. Die Reaktion bereitet sich unab... für den Bürgerkrieg vor, halten auch wir uns bereit, und ...die Genossen oben sorgen, daß wir in dieser Bereitschaft ... und nicht gestört werden.

Abg. Thiele-Waldenburg: Es ist sträflicher Leichtsinn, zu ..., daß wir dem Bürgerkrieg nicht entgehen können. Dann ...es gar keinen Zweck, hier noch über den Achtstundentag ...Aehnliches zu diskutieren. D... Große Koalition ist ein Mittel, ...Bürgerkrieg zu vermeiden. Dieser wäre gekommen, wenn ...der Regierung Cuno de... passive Widerstand zusammen...chen wäre. Die wichtigste Frage ist, wie wir den Währungs...all aufhalten. Wird das Ermächtigungsgesetz einen Eingriff ...die Substanz der Wirtschaft möglich machen? Die Reichs...destelle hat den Junkern oft den doppelten Preis bezahlt, ...das Getreide an der Breslauer Börse notiert war. Sollte sich ...Eingriff in die Substanz nicht erreichen lassen, dann müssen ...unsere Taktik schleunigst wieder ändern.

Das Schlußwort erhält Löbe: Der Vorwurf, wir seien unter ...o „zu national" gewesen, ist unangebracht. Der passive Wider... war ein Akt der Notwehr gegenüber dem Einbruch des ...schen Militarismus, und die Kommunisten beschimpfen uns ...jetzt als Landesverräter, weil wir diesen Widerstand auf...en haben. Wenn gesagt wird, der Bürgerkrieg kommt mit ...rozent Wahrscheinlichkeit, so liegen die Dinge in Wirklichkeit ...nicht so pessimistisch. Wir müssen jeden Tag mit der Mög...it des Bürgerkrieges rechnen, aber wir müssen, ganz gleich ...innerhalb oder außerhalb der Koalition, alles tun, um ihn ...vermeiden. Unrichtig ist es auch, daß es nicht mehr schlechter ...en könne. Die Kommunisten haben das schon vor drei Jahren ..., und um wieviel ist es seitdem schlechter geworden? ...Sie sich nur vor, wie es im Bürgerkriege sein würde. ...wir ohne die Große Koalition zu einer Rechtsdiktatur ge...en wären, ist nicht sicher. Die Deutschnationalen fühlen sich ...aus nicht so sehr als die Herren von morgen, wie das bei ...inen Leuten unter ihnen der Fall ist. Am Tage, wo ihnen ...Macht beinahe zugefallen wäre, waren sie in der größten ..., und manche kamen und sagten, die Koalition von Weimar ...die einzige Lösung. Es gibt unter ihnen auch manchen, der ...sagt, wer im Bürgerkriege nur wenig und wer viel zu ver...en hat. Aus außenpolitischen Gründen könnte sich eine Rechts...rung auch nicht so frei bewegen, wie in Bayern. Dort ...den sie von den Franzosen unterstützt, das Gegenteil aber ...te im Reiche sein. Zu begrüßen ist der Eintritt der Kom...isten in die sächsische und thüringische Regierung. In Ruß...d haben sie auch das große Kompromiß mit dem Kapitalismus ...en müssen. Drei, vier Wochen einer Regierung Westarp ...n das Kleinbürgertum kuriert, die Gefahr des Verfalls des ...es sprach allerdings gegen ein solches Experiment. (Ruf: ...) Ja, ich halte doch auch das Schlußwort für den Genossen ... (Große Heiterkeit.) Ein Parteitag verursacht zurzeit so ...e Kosten, daß er nur sehr unvollkommen beschickt sein würde ...auch kein rechtes Bild von der Stimmung im Lande gäbe. ...März werden wir im Hinblick auf die Neuwahlen ohnedies ...n Parteitag haben müssen. Ich würde mich freuen, wenn ...e Gegner in der jetzigen Koalitionsfrage recht behalten ...ten.

Die Anträge Müller und Pietsch auf Einberufung ...s Parteitages werden hierauf fast einstimmig abgelehnt und ...Resolution Birnbaum gegen vier Stimmen angenommen.

* * *

Ueber die anschließenden organisatorischen Ver...dlungen berichten wir morgen.

...e Versuche zur proletarischen Einigung.

In Hamburg durch die KPD. sabotiert.

In Hamburg ist bekanntlich vor wenigen Tagen ein ...ionsausschuß der politischen Arbeiterparteien, der freien Ge...schaften usw." gebildet worden. Inzwischen mußte dieses ...bilde leider auf Grund des Verhaltens der ...mmunisten wieder aufgelöst werden. Die KPD. ...sich keinen einzigen Tag an die Abmachungen. Nun... hat sich auch Frankfurt a. M. dem erfolglosen Ham...er Beispiel angeschlossen. Auch hier wurde am Sonnabend ...„Aktionsausschuß der politischen Arbeiterparteien, der freien ...erkschaften und der Betriebsräte in Groß-Frankfurt" gebildet. ...einem gemeinsamen Aufruf heißt es, daß im Interesse eines ...einsamen Kampfes die beteiligten Organisationen verein...t haben, die bestehenden politischen Gegensätze unter Wahrung ...r gegensätzlichen Auffassung in Wort und Schrift nur sachlich ...utragen.

Roßbach aus der Haft entlassen!

Das Verfahren nicht eingestellt!

Eine Korrespondenz teilt aus Leipzig mit:

Der Staatsgerichtshof hat am Sonnabend vormittag ...ichtöffentlicher Sitzung den Beschluß gefaßt, Oberleutnant a. D. ...ßbach aus der Haft zu entlassen. Das Verfahren ...n den früheren Freikorpsführer wegen Geheimbündelei nimmt ...chadet dieses Beschlusses seinen Fortgang und dürfte in ...e abgeschlossen sein, so daß der Termin zur Hauptverhandlung ...raumt werden kann.

Mit Recht schreibt der „Vorwärts" dazu: Entweder war ...bach durch gewisse Behörden strafrechtlich gedeckt, dann wäre ...hrenpflicht dieser Behörden gewesen, ihn nicht schuldlos sieben ...te in Haft sitzen zu lassen. Dann aber gehören ganz ...dere Leute vor den Staatsgerichtshof. Oder er ...nicht gedeckt, dann hätte er nicht entlassen werden dürfen, ...ders nicht kurz vor der Hauptverhandlung.

Verhaftungen von Rechtsradikalen in Berlin.

Den Blättern zufolge nahmen Beamte der Abteilung Ia des ...eipräsidiums in den Büroräumen des Deutschen Ver... für Leibesübungen [illegible] ... Privatwohnungen mehrerer leitender Mitglieder Haussuchungen vor. Der Vorsitzende und mehrere Mitglieder wurden verhaftet. Im ganzen sollen bei der noch nicht abgeschlossenen Aktion bisher fünf Personen festgenommen worden sein. Wie das „Berliner Tageblatt" hört, sollen die Verhaftungen mit den letzten Ereignissen in Küstrin und anderen Stellen der Berliner Umgebung in Zusammenhang zu bringen zu sein.

Heute Entscheidung über die neue Währung.

Das Reichskabinett wird heute über die zu gründende Notenbank endgültig Beschluß fassen: Ueber den dem Kabinett vorgelegten Entwurf gehen die verschiedensten Versionen durch die Oeffentlichkeit. Richtig ist, daß das Reichskabinett eine Zwischenlösung plant. Welcher Art sie jedoch sein wird, dürfte sich erst im Laufe des Nachmittags entscheiden, da auch für die Zwischenlösung mehrere Entwürfe vorliegen.

Der Entwurf eines vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit,

den die Reichsregierung dem Reichsrat und dem Reichstag bereits vorgelegt hat, erkennt den Achtstundentag und die 48-Stundenwoche grundsätzlich an. Eine Einschränkung soll nur bei Notfällen, bei unvermeidlichen Vorbereitungs- und Abschlußarbeiten zur Bewachung und Ingangsetzung von Betriebsanlagen, zur Beaufsichtigung usw. erfolgen. Weiter soll den Arbeitgebern zur Ausnützung der Konjunktur die Möglichkeit gegeben werden, an einer beschränkten Zahl von Tagen Mehrarbeit leisten zu lassen. Für den Fall erheblicher Arbeitsbereitschaft kann eine längere als achtstündige Arbeitszeit verlangt werden. Förmliche Ausnahmen vom achtstündigen Arbeitstag sind nur auf Grund eines Tarifabschlusses und durch behördliche Maßnahmen zulässig. Sie sind aber durch die Schwere der Arbeitsleistung klar begrenzt und dürfen keinesfalls Gesundheit und Leben der Arbeiter gefährden. Für den Bergbau unter Tage, sowie für alle Arbeiten, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen ausgesetzt sind, muß am Achtstundentag festgehalten werden. Ueberarbeit ist nur vorübergehend und in dringenden Fällen gestattet. Für den Bergbau sind an besonderen schwierigen Betriebspunkten noch weitere Verkürzungen vorgesehen. Vereinbarte oder angeordnete Ausnahmen des Achtstundentages dürfen eine Höchstgrenze von 10 Stunden nicht überschreiten.

Der Soz. Parl.-Dienst schreibt dazu:

Der Entwurf ist aufgebaut auf die Abmachung der Koalitionsparteien vom 5. Oktober 1923, nach der die Steigerung der Gütererzeugung durch restlose Ausnutzung technischer Fortschritte, durch organisatorische Verbesserungen unserer Wirtschaft und durch emsige Arbeit jedes einzelnen bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitstag erreicht werden soll. Auch die vorgeschlagenen Einschränkungen und Ausnahmen sind nichts Neues und entsprechen den Vereinbarungen zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften, die seit Jahren praktisch angewandt werden. Sie lassen sich angesichts unserer traurigen Wirtschaftsverhältnisse, die nur durch Steigerung der Produktion gebessert werden können, begreifen. Es ist aber Pflicht der sozialdemokratischen Parlamentarier und der Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß die Bereitschaft der deutschen Arbeiterschaft, alle Kraft für die Besserung der Wirtschaftslage einzusetzen, nicht von dem Unternehmertum mißbraucht und das notwendige Maß nicht überschritten wird. Deshalb ist es auch unbedingt notwendig, daß die Befugnisse der Behörden, die Ausnahmen für den Normalarbeitstag anordnen können, gesetzlich genau festgelegt werden.

Der Briefwechsel Stinnes-Stresemann.

Eine klare Abfuhr des Industriegewaltigen.

Die Reichskanzlei hat am Sonntag den Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler und Stinnes über die bekannten Ereignisse im Ruhrgebiet veröffentlicht. Stinnes hat den Brief mit seinen bekannten Forderungen am 7. Oktober an Dr. Stresemann gerichtet. Aus ihm geht hervor, daß er um eine grundsätzliche Entscheidung der Reichsregierung innerhalb einer bestimmten Frist ersucht hat. Der Kern des Briefes ist an die Regierung gerichtet, inwieweit sie bereit ist, den Zechen die Reparationskohlen zu vergüten und es erwünscht ist, wenn die rheinisch-westfälische Industrie der baldigen Umwandlung der Regie in eine Betriebsgesellschaft Vorschub leistet und Einfluß auf diese, sei es für das Reich, für Preußen oder für Rheinland und Westfalen, zu gewinnen sucht. Der Passus über die Arbeitszeit lautet wörtlich: „Können wir auf die wohlwollende Unterstützung der Regierung bei der Durchführung der Arbeitszeitverlängerung auf 8½ Stunden im besetzten und unbesetzten Gebiet rechnen?"

Die Antwort des Kanzlers, die am 12. Oktober erfolgte, hat Herrn Stinnes keine Unklarheit über die Unmöglichkeit für das Reich gelassen, eine Garantie für die Zahlung der Reparationskohlen zu übernehmen. Die Reichsregierung sei aber, so führt der Kanzler in seinem Schreiben aus, damit einverstanden, wenn die wirtschaftlichen Organisationen Verhandlungen über die Wiederingangsetzung der Wirtschaft führen und damit ihre Vertrauensmänner beauftragen. Die Regierung muß aber unbedingt Wert darauf legen, daß keinerlei Verhandlungen oder Vereinbarungen über Fragen getroffen werden können, die staatliche Rechte, insbesondere Hoheitsrechte, betreffen. Vor allem dürfen Vertreter wirtschaftlicher Organisationen keine Erklärung abgeben, die so ausgelegt werden könnten, als ob die Wirtschaft sich an einer Wegnahme der Vermögensstücke des Reiches beteiligt. Die Antwort des Kanzlers ist durchaus einwandfrei und hat die Wahrung der Interessen des Reiches gegenüber Frankreich und Belgien und der deutschen Privatwirtschaft im Auge. In der Frage der Verlängerung der Arbeitszeit verwies der Kanzler auf die Geltung der gesetzlichen Bestimmung. Die Haltung, die Herr Stinnes in den letzten Tagen eingenommen hat, beweist, daß er diesen kurzen Hinweis des Kanzlers auf ein bestehendes Gesetz nicht als „wohlwollende Unterstützung" aufgefaßt hat.

Eine Erhöhung des Lohnabzugs.

Der Sozialistische Parlaments-Dienst teilt mit:

Im Reichsfinanzministerium ist nunmehr die Verhältniszahl für die dritte Oktoberwoche (14.—20. Oktober) ermittelt worden, mit der die Ermäßigungssätze beim Steuerabzug, die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung waren, zu vervielfachen sind. Auf Grund der bisher angewandten Methode hätte man zu der Zahl 22 kommen müssen. Da das aber der tatsächlichen Steigerung der Löhne nicht entsprochen hätte, ist auf Drängen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Zahl auf 32 erhöht worden.

Für die dritte Oktoberwoche ergeben sich daher folgende Ermäßigungen:

Mann und Frau je	5 529 600 Mk.
Für jedes minderjährige Kind . . .	36 864 000 „
Zur Abgeltung der Werbungskosten .	46 080 000 „

1 Dollar (Berlin) 4 500 000 000 Mk.

1 Dollar (Newyork) 4 000 000 000 Mk.

Wie die Erhöhung dieser Ermäßigungsbeträge wirkt, zeigt folgendes Beispiel:

Ein verheirateter Holzarbeiter mit zwei minderjährigen Kindern habe in der dritten Oktoberwoche einen Lohn von 4 000 000 000 Mk.

der 10prozentige Abzug hiervon beträgt . . .	400 000 000 „
Wäre man bei dem Ermäßigungsmultiplikator von 22 geblieben, so wären hiervon nur abzuziehen	80 971 200 „
sodaß der Holzarbeiter an Lohnsteuer zu zahlen hätte	310 028 800 Mk.

was einer steuerlichen Belastung von 7,8 Prozent entspräche.

Bei dem auf 32 erhöhten Multiplikator ergibt sich aber folgendes Bild:

10 Prozent Abzug		400 000 000 Mk.
Davon bleiben folgende Beträge unerhoben:		
Existenzminimum für Mann und Frau	11 059 200 Mk.	
Ermäßigung für zwei minderjährige Kinder	73 728 000 „	
zur Abgeltung d. Werbungskosten	46 080 000 „	
zusammen		130 867 200 „
sodaß an Lohnsteuer zu zahlen bleiben . . .		269 132 800 Mk.

oder 6,6 Prozent des Wochenlohnes.

Durch die weitere Erhöhung des Multiplikators zahlt der Holzarbeiter also 1,2 Prozent Lohnsteuer weniger, als er nach der bisherigen Methode zu zahlen gehabt hätte. Diese Erleichterung ist ein Erfolg der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sie wird auch fernerhin an ihrem Standpunkt festhalten, den Lohnabzug nicht über eine durchschnittliche Belastung von 5 bis 6 Prozent hinauswachsen zu lassen und dafür sorgen, daß auch in den späteren Wochen eine entsprechende Erhöhung des Multiplikators erfolgt.

Die Bemühungen unserer Reichstagsfraktion für die Ermäßigung des Lohnabzuges verdienen alle Anerkennung. Sie werden sich allerdings in Zukunft nicht mehr an die bloße Erhöhung des Multiplikators halten dürfen, sondern eine Aenderung der Grundzahl versuchen müssen. Schwerer als durch die Lohnsteuer wird die Arbeiterschaft aber durch die indirekte Besteuerung beim Fortschritt der Geldentwertung getroffen, die ohne Geld in der Reichskasse überhaupt nicht zu bekämpfen ist.

Arbeiter-Sport

Fußball.

Stern I — Sparta I 2:2. In Gandau unter nicht normalen Platzverhältnissen tritt Stern zunächst mit 8 Mann an, diejenigen, die zu der Zahl Elf gehörten, kamen während der ersten Hälfte in gemächlicher Ruhe. Sparta nutzt anfänglich die Lage aus, kann aber nicht verhindern, daß durch einen Fehler des linken Spartaverteidiger, Stern durch Halbrechts den ersten Erfolg erzielt. Kurz darauf brennt Halblinks von Sparta durch, aber der erhoffte Ausgleich wird durch den Torhüter im letzten Moment verhindert. Kurz vor der Pause gelingt es Halblinks, von Sparta einen kurzen Roller anzubringen, der über die Hände des Sterntormann in den Kasten rollt. Nach Wiederbeginn ist die eifrige Spartamannschaft der gegnerischen Hintermannschaft gefährlich und manche Situation wird im letzten Moment geklärt. Aus einem Gedränge erzielt Stern durch Halblinks das zweite Tor, dem Sparta 10 Minuten vor Schluß den Ausgleich entgegengesetzt. Die Spannung ist aufs höchste gestiegen, beide Mannschaften kämpfen um den Sieg, aber trotz großer Aufopferung auf beiden Seiten, nichts mehr zu erzielen. Beide Mannschaften gut, Stern ruhig und überlegend, Sparta eifrig spielend, haben das Resultat verdient. Schiedsrichter bis auf einige Fehler gut.

Bezirksnachrichten. Donnerstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, Bezirksvorstandssitzung im „Breslauer Haus", Friedrich-Wilhelm-Straße. Wichtige Tagesordnung. Geladen sind Vereinsvertreter von S.-V. Kickers und Süd. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung haben sämtliche Vorstandsmitglieder zu erscheinen.

Berichterstattervereinigung. Donnerstag, den 18. Oktober, abends ½7 Uhr, Berichterstattersitzung im „Breslauer Haus", Friedrich-Wilhelm-Straße.

F.-A. West. Dienstag, abends 8 und 9 Uhr, Quartalsversammlung im Vereinslokal.

Handballserie des 1. Bezirks, 14. Kreis, Arbeiter-Turn- und Sportbund.

21. Oktober.

Zeit	Spielfeld	Mannschaften	Schiedsrichter
2 —3¹⁰	Gandau	Frei Heil Jgd.—5. Abt. Jgd.	Poseidon 1. und 2.
3¹⁵—4²⁵	Gandau	Freiheit — Frei Heil	
2 —3¹⁰	Osw. Wiese	6. Abt. Fr. T.—Poseidon II	1. Abteilung Fr. Frei Heil
3¹⁵—4²⁵	Osw. Wiese	5. Abt. Fr. T.—Poseidon I	

Die wegen schlechter Witterung ausgefallenen Spiele werden am Schluß der Serie nachgeholt. W. J. Bezirksspielleiter.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 14. Kreis, 1. Bezirk. Bezirkswanderstafette Breslau—Ohlau—Brieg am 28. Oktober. Da schon verschiedene Vereine sowie Abteilungen zugesagt haben, wird eine Doppelstafette ausgetragen. Und zwar linke Straßenseite die Mannschaften mit Startnummer 1, rechte Seite mit Startnummer 2. Voraussichtlicher Start: Ring, Staupsäule; Ziel: Brieg, Ring. Jede Mannschaft, welche gemeldet wird, stellt zwei Melderad. ihrer zur Verfügung. Mannschaftsleiter, sowie Radfahrer müssen namentlich gemeldet werden. Die Meldung lautet: Vereinsname, Mannschaftsleiter, Stärke der Mannschaft, Radfahrernamen. Die elf Breslauer Abteilungen sowie Schwimmer (Poseidon) und die Bezirksvereine Gandau, Mochbern, Deutsch-Lissa usw. belegen die Strecke bis Ohlau, die Vereine Ohlau, Peisterwitz, Leubusch, Brieg besetzen die Strecke zwischen Ohlau und Brieg. Zur schnelleren Aufstellung stehen in Grebelwitz Lastautos zur Verfügung, welche die Läufer zum Standort bringen. Nach abgelaufener Stafette sammeln sich die Mannschaften und marschieren nach Ohlau; auch diesen stehen Beförderungsmittel zur Verfügung. Für Nachmittag ist ein Zusammensein in Ohlau geplant. Vereine, welche Sondervorführungen bieten können, bitte ich, dieses den Meldungen beizufügen. Nun liegt es an euch, Bundesgenossen, recht fleißig Propaganda zu machen, daß sich auch jedes Mitglied an der Bezirkswanderung beteiligt. Die Meldungen müssen spätestens am 17. Oktober in meinen Händen sein. Die Einteilung der Aufstellung wird hierselbst noch bekannt gegeben.

Mit Frei Heil! Karl Kruk, Breslau 5, Gräbschener Str. 42 II.

Arbeiter-Samariter! Bezirk 3. Donnerstag, den 18. Oktober, abends ½8 Uhr, Bezirksversammlung bei Miska, Friedrichstraße. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. Erscheinen unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Schwimmverein Poseidon e. V. Infolge der Erhöhung der Bäderpreise sind am Dienstag zur Uebungsstunde an der Kasse nachzuzahlen: Kinder und Jugend 22 Millionen Mark, Erwachsene 45 Millionen Mark.

Vereinskalender.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Breslau. Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, Mitgliederversammlung im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. (Siehe Inserat.)

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Breslau. Montag, den 15. Oktober, abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau. Am Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr, findet im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses eine Vertreter- und Delegierten-Sitzung statt. Vertreter- und Delegiertenkarte weist aus. Die Ortsverwaltung.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Nationalsozialisten an der Arbeit.

Als Beobachter folgenden Vorfalls seien mir nachstehende Ausführungen gestattet:

Die von den republik- und arbeiterfeindlichen Kreisen der Schwerindustrie und Landwirtschaft bezahlten und ausgehaltenen Provokateure, die sich Nationalsozialisten nennen und zu den dunkelsten Gestalten gehören, entfalten die fieberhafteste Tätigkeit, um die denkfaulen, von der Arbeit und der Unterernährung zermürbten Arbeiter und Angestellten irre zu führen und ins Elend zu stürzen. An einem der letzten Abende konnte ich zufällig folgenden Vorfall beobachten: In einer von Tabaksqualm erfüllten Restauration am Lehmdamm, Ecke Adalbertstraße, saßen Arbeiter, die über die wirtschaftlich schwere Zeit diskutierten und die Ursache hierfür nicht fanden. Ein junger Mann, dem man ansah, daß er in seinem Leben noch nicht gearbeitet hat, bemühte sich eifrig, den schon vom Alkoholgenuß geistig geschwächten Arbeitern einzureden, daß an dem heutigen Unglück nur die Juden, die Sozialisten und Kommunisten schuld sind. Nur sie haben den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges verschuldet. Mit Engelszungen versuchte er, sie zu überzeugen, daß der Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz und die Demobilmachungsvorschriften schuld an der Wirtschaftskrise seien und daß doch auch die Arbeiter einsehen müßten, das eine zehn- bis zwölfstündige Arbeitszeit „uns", die Arbeiterklasse, nur retten kann. Wie sich aber die Dinge nach dem Fall dieser letzten Arbeiterrechte gestalten werden, darüber erwiderte er wohlweislich nichts, als einer der Arbeiter die schüchterne Anfrage tat. Er versicherte, auch Arbeiter zu sein und stimmte zur Ablenkung das Deutschlandlied an, wie ja auch wir Arbeiter uns vor allem zunächst als Deutsche und dann erst als Arbeiter fühlen sollen. Gröhlend machte die vom Alkohol beseelte Tafelrunde mit.

Klassengenossen! Ich selbst schämte mich für diese Art von Arbeitern, die am Tage nicht genug über die Kapitalisten schimpfen können und sich am Abend solche Reden gefallen lassen. Es muß in diesen Tagen, in denen die Arbeiterfeinde, Schwerindustrie und Landwirtschaft, den Generalangriff, zunächst auf legalem Wege, gegen die Arbeiterklasse begonnen haben, Aufgabe jeden Arbeiters sein, alles daran zu setzen, überall aufklärend zu wirken, überall diesen Nationalsozialisten, die als Wölfe in Schafskleidern auftreten, entgegenzutreten und nach Möglichkeit ihre Herkunft, ihre Wohnung festzustellen und dieser üblen Sorte von Menschen, die vom Nichtstun und Gaunerleben existiert, zum gegebenen Zeitpunkt die Rechnung zu präsentieren. Darüber hinaus muß alles bereit sein. Aus den Vorgängen in den letzten Monaten dürfte die Arbeiterschaft gelernt haben, daß es zunächst wenig Zweck hat, sich von Provokateuren zum Plündern aufhetzen zu lassen und hernach die Zeche zu bezahlen, sondern, daß man der weiteren Auswucherung des Volkes und im besonderen der Arbeiterklasse nur ein Ziel setzen kann, wenn man im Falle eines Rechtsputsches, ausgeführt von Schwerindustrie, Landwirtschaft und Nationalsozialisten, die Führer und Angehörigen dieser Bewegung persönlich aburteilt, durch Volksjustiz. Darum noch einmal: Klassengenossen! Gebt doppelt Acht. Teilt alle vorkommenden Fälle dieser Art den republikanischen Behörden und der Oeffentlichkeit mit.

Ein Arbeiter.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Dienstag, nachmittags von 1/24—1/2 Uhr, und Sonnabend, nachmittags von 4—5 Uhr, statt. Eingang Grünstraße 46.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

---

* **Die Sitzung der Pressekommission** und der Gesellschafter findet nicht Freitag, den 19. Oktober, sondern eine Woche später statt.

* **Michaelisgenertage** veranstaltet die Breslauer Jugend in den Tagen vom 18. bis 21. Oktober. Im Rahmen dieser Tage findet am Donnerstag, den 18. Oktober, abends 7½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Volkskunstabend statt. In Aussicht genommen sind Einzelgesänge, mehrere Chöre von Wandervögeln und ein Spiel von Blachetta, ausgeführt von der Quickborn-Spielschar. Karten im Vorverkauf bei Zimmer, Albrechtstraße 52 und in der Volkswacht-Buchhandlung, Graupenstraße.

* **Das städtische Einziehungsamt**, Elisabethstraße 8a, ist von Montag, den 15. d. M., an für den Verkehr werktäglich nur von 7½ Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags geöffnet.

* **Die Breslauer Bevölkerungszahl** stieg im September von 559 666 auf 559 757. Geboren sind 717, gestorben 639, zugezogen 3963, fortgezogen 3954 Personen. Eheschließungen gab es 408.

* **Die Hygiene der Ehe.** Vom 16. bis 19. Oktober findet im Breslauer Konzerthaus die Vorführung des großen Films „Hygiene der Ehe" statt. Der Film, wie mitgeteilt wird, ist wissenschaftlich auf der Höhe und bestens geeignet, zu den wichtigen Fragen des Lebens Stellung zu nehmen. Der Begleitredner, Dr. med. Carl Bornstein, ist Generalsekretär des Landesausschusses für hygienische Volksbelehrung in Preußen, der sich zur Aufgabe gestellt hat, Aufklärung über die bedeutungsvollsten Fragen der Volksgesundheit bis ins kleinste Dorf zu tragen. Ihm geht als Redner und Sozialhygieniker ein guter Ruf voraus. Auf diesen Kulturfilm sei besonders hingewiesen; der Redner ist gern bereit, nach dem Vortrage alle den Gegenstand betreffenden Fragen zu beantworten.

* **Die Geschäfte des Büros für Zwangseinquartierung**, bisher Baracke Neumarkt, Zimmer 4, gehen mit dem 15. Oktober auf das Wohnungsamt über.

* **Die Neuaufnahme und Bearbeitung der Anträge auf Gaspreisermäßigung** der Buchstaben R bis Z werden von Montag, den 15. Oktober an wieder in der Baracke Neumarkt, Zimmer 4, erfolgen.

* **Nur noch bis morgen** läuft die Frist der Anmeldungen zur Volkshochschule. Anmeldungen werktäglich von 8 bis 3 Uhr und 5 bis 8 Uhr im Volkshochschulamt, Springerstraße 5,9.

* **Verloren** wurde am Freitag abend ein Notizbuch mit Verbandsmarken auf dem Wege vom Gewerkschaftshause nach Klein-Tschansch nebst einem Verbandsbuch auf dem Namen Alfred Matiche. Der Finder wird um Rückgabe im Bureau der Metallarbeiter gebeten.

! Stoffe für Anzüge Mäntel Kostüme auf Teilzahlung !
ohne Aufschlag auch bei Geldentwertung, also fester Papiermarkspreis! Lohestr. 15

Gewerkschaftsbewegung.

Ratifikation von Arbeiterschutzübereinkommen.

In jüngster Zeit wurden wieder verschiedene Ratifikationen von Arbeiterschutzübereinkommen vollzogen, die von der internationalen Arbeitskonferenz beschlossen sind. Die Gesamtzahl solcher Ratifikationen beträgt nun 86. Ueberdies ist in 115 weiteren Fällen die Ratifikation von Uebereinkommen den zuständigen Stellen von den Regierungen empfohlen worden. Von den jüngsten Ratifikationen sind folgende erwähnenswert: Großbritannien hat die Uebereinkommen betr. das Koalitionsrecht und die Unfallentschädigung der landwirtschaftlichen Arbeiter ratifiziert. In Rumänien wurde die Ratifikation der Uebereinkommen über den wöchentlichen Ruhetag im Gewerbe, das Zulassungsalter von Jugendlichen als Heizer und Kohlenschieber auf Seeschiffen und die obligatorische ärztliche Untersuchung Jugendlicher auf Seeschiffen vollzogen. Die italienische Regierung hat der Deputiertenkammer einen Entwurf vorgelegt, der bezweckt, das Dekret über den Achtstundentag und die 48-Stunden-Woche in ein Gesetz umzuwandeln, womit die Regierung zur vollen Durchführung des Washingtoner 8-Stunden-Uebereinkommens ermächtigt wird. Die polnische Regierung hat dem Parlament Gesetzentwürfe betr. Ratifikation folgender Uebereinkommen vorgelegt: Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit; Mindestalter für die Zulassung von Kindern zu gewerblicher Arbeit; Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen sowie die drei Uebereinkommen über den Schutz weiblicher Arbeiter, welche die internationale Arbeitskonferenz von 1920 beschlossen hat.

Eine christliche Landarbeitertagung.

Auf den christlichen Zentralverband der Landarbeiter hat die glänzend verlaufene Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes offenbar einen peinlichen Eindruck gemacht. Er hat deshalb nichts Eiligeres zu tun, als nunmehr seinen für September vorgesehenen, inzwischen aber vertagten zweiten Verbandstag schleunigst einzuberufen.

Unter dem Verbandstag einer Landarbeiterorganisation stellen wir uns eine Delegiertenversammlung vor, in der das berufstätige Mitgliederelement den ausschlaggebenden Einfluß besitzt. Der Zentralverband hat dagegen eine andere Auffassung. Er läßt durch seinen Vorsitzenden, Behrens, in Nr. 10 der „Rundschau" (dem Verbandsorgan) verkünden:

„Der zweite Verbandstag setzt sich aus den Mitgliedern des Verbandsausschusses, den Bezirksleitern und den Mitgliedern des Hauptvorstandes zusammen. Besondere Vertreter brauchen also nicht gewählt zu werden."

Soweit wir unterrichtet sind, weist von diesen Körperschaften nur der Verbandsausschuß berufstätige Mitglieder auf. Daraus ergibt sich, daß dieser Verbandstag in seiner großen Mehrheit aus Angestellten zusammengesetzt ist. Wie die Mitglieder der genannten Organisation diese „großartige" Verbandsveranstaltung aufnehmen werden, bleibt abzuwarten.

Lehrlingsgesetz.

In den letzten Wochen haben im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen mit Beteiligten und Sachverständigen über den Referentenentwurf zu einem Gesetz über die berufliche Ausbildung Jugendlicher (Lehrlingsgesetz) stattgefunden. Der Entwurf will die Durchführung des Gesetzes der Selbstverwaltung der beteiligten Berufsstände bei gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft überlassen. Dem Gesetze sollen möglichst ausnahmslos die erwerbstätigen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren unterstellt werden, also außer den Lehrlingen auch jugendliche Arbeiter. Die Anleitung von Lehrlingen soll nur in anerkannten Lehrbetrieben erfolgen dürfen. Die Grundgedanken des Entwurfes haben die Zustimmung der Sachverständigen gefunden, die noch wertvolle Anregungen dazu gegeben haben. Nach entsprechender Umarbeitung wird der Entwurf dem Reichskabinett und den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden.

Goldmarklöhne der Danziger Hafenarbeiter. Die Danziger Hafenarbeiter, deren Tagelohn bisher alle drei Tage erneuert werden mußte, erhalten jetzt ihren Lohn in Goldmark ausgezahlt. Bei den gestrigen Verhandlungen wurden folgende Sätze vereinbart: Der Tagelohn beträgt 4,40 Goldmark, der Zuschlag für Löschen von Munition 5 Goldpfennige pro Stunde. Im Hafen beschäftigte Frauen erhalten zwei Goldmark täglich. Die Zahlung der Löhne erfolgt mit Danziger Industrieschecks. Das Abkommen hat Gültigkeit vom 11. bis 24. Oktober.

Ausstand in den Breslauer Kinos.

Die Vorführer in den Breslauer Kinos sind am Sonnabend in den allgemeinen Ausstand eingetreten.

Aus Schlesien.

Ludendorff in Schlesien!

Bei einer Kriegerdenkmalsenthüllung in Militsch — das Denkmal galt in erster Reihe dem gefallenen Fliegeroffizier Manfred von Richthofen — sprach gestern General Ludendorff. Er bezeichnete sich selbst dabei immer noch als Vertreter der Obersten Heeresleitung! In seiner Begleitung war der General von Linsingen erschienen. Nach Schluß der Ansprachen defilierte vor Ludendorff die in Militsch liegende Schwadron des 8. Reiterregiments, als ob der Kriegsverlierer und hemmungslose rechtsradikale Hetzer gegen die Republik immer noch eine offizielle Persönlichkeit des Reiches wäre! Wir machen das Reichswehrministerium öffentlich auf diesen Vorgang aufmerksam, der das Ansehen der Reichswehr schwer beeinträchtigen muß.

Neu-Salzbrunn. Zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus wurde von der Strafkammer in Waldenburg der Schlepper Konrad R. von hier verurteilt. R. wurde verschiedener schwerer Einbruchsdiebstähle bezichtigt. Er gab die ihm zur Last gelegten Diebstähle unumwunden zu. Er hatte mit noch einem Mittäter, dessen Namen und Wohnort er nicht kennen will, bei Salzbrunn in einem Getreideschober ein richtiges Räuberleben geführt und dort allerhand Lebensmittel aufgespeichert, die er in der Umgegend gestohlen hatte. Bei seiner Festnahme schoß er auf seine Verfolger, doch behauptet er in der Verhandlung, daß er nur Schreckschüsse abgegeben habe. R., der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, wurde nach der Verhandlung in das Gerichtsgefängnis zurückgebracht.

Landeshut. Dem Ausschuß für Kinderhilfe sind von hiesigen Bürgern 232 Freitische für Mittagessen für bedürftige Kinder zur Verfügung gestellt worden. Die Kinder werden sofort den einzelnen Familien zugeteilt, so daß sie bereits zu Beginn der neuen Woche wenigstens an einigen Tagen warmes Essen erhalten werden.

Reichenbach i. Schl. Opfer der Arbeit. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Kraftzentrale der Firma Chr. Dierig in Langenbielau. Bei Arbeiten an der Schaltung entstand Kurzschluß. Hierbei wurden die Monteure Pollocke (Peterswaldau), Döring und Moser von hier schwer verletzt. Pollocke ist seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Familien-Anzeigen

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Nach längerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit entriß mir der Tod durch Gottes unerforschlichen Ratschluß meine liebe, gute Frau und treusorgende Mutter, Frau

Martha Schmude, geb. Lehmann

im blühenden Alter von 29 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an 1809

Der tiefgebeugte Gatte **H. Schmude u. Sohn.**

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3½ Uhr, von der Kapelle des alten Magdalenenfriedhofes, Ende Lohestraße. – Trauerhaus: Alte Friedrichstraße 10.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Am 13. Oktober verschied unser lieber Kollege

Peter Jarosch

im Alter von 37 Jahren.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung findet Dienstag nachmittags 4 Uhr, in Klein-Kanotwitz statt. 2713

Deutscher Fabrikarbeiter-Verband.

Am Donnerstag, den 11. Oktober, verstarb unser werter Verbandskollege

Hermann Wittke

im Alter von 27 Jahren.

Ehre seinem Andenken! 2714

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung fand am Sonntag in Herrnprotsch statt.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft
von Georg Schmidt
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Stadttheater.
Montag 7½ Uhr: Kammermusik-Abend Klingler-Quartett.
Dienstag 7½ Uhr: Fidelio.

Thalia-Theater Telefon Ring 6700
Täglich 7½ Uhr: Der lustige Schwank
Der müde Theodor mit Ludwig Stössel.

Schauspielhaus. Operettenbühne. Tel. Ring 2545
Heute und täglich 7½ Uhr: In neuer Ausstattung
Des Königs Nachbarin
Sonntag nachmittag 3½ Uhr: **Die kleine Sünderin.**

Teilzahlung gestattet! Kinderwagen, billig! Wäsche Weidenstr. 25, 2. Et.

Das gewaltige **Varieté** Programm im **Marmor Haus** muß man gesehen haben!

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Was nützet alle Theorie wenn sie nicht in die Tat umgesetzt wird!

Also, Ihr Führer und Ihr Genossen, handelt danach und laßt Eurem eigenen Unternehmen die nötige Unterstützung durch Zuweisung von Drucksachen aller Art zukommen ///

Volkswacht-Buchdruckerei Breslau 2 / Flurstraße 4/6 / Telefon Ring 1266

Neue Höchstpreise für Kohlen und Briketts.

I. Sie betragen bei sofortiger Barzahlung pro Zentner ab 15. Oktober 1923:

	ab Lager	frei Haus	frei Keller
a) Stück, Würfel, Nuß	1 900 000 000	1 950 000 000	1 968 400 000 Mk.
b) Braunkohlenbriketts	1 300 000 000	1 350 000 000	1 370 250 000 Mk.

II. Ermäßigung für den Zentner frei Haus und frei Keller:
bei mehr als 10—30 Zentner 2 000 000 Mk.
" " " 30—50 " 7 000 000 "
" " " 50 " 9 000 000 "

III. Erhöhung für den Zentner bei Abtragen über 50 m zwischen Bordstein und Lagerraum oder Anstieg von wenigstens 6 Stufen bei Steinkohlen 9 200 000 Mk., bei Braunkohlenbriketts 16 125 000 Mk. 2712

Der Magistrat.

Blumen vergehen, Bücher bestehen!
Gute Geschenkliteratur zu allen vorkommenden Gelegenheiten hält in reichster Auswahl
Volkswacht-Buchhandlung
Modernes Antiquariat
Neue Graupenstraße 5
am Lager.
Der Besuch unserer Buchhandlung ist lohnend.

Legitimation mitbringen
Am Sonnenplatz nur Sonnenstraße 7 (Wilhelm Linke)
erhalten 1404
Besitzer von Edelmetallen, Gold-, Silber-, Platin-Bruch und alten Gebissen
wie bekannt die höchsten Tagespreise. Vor Verkauf Ihrer Gegenstände liegt es im eigenen Interesse, die in meinem Geschäftslokal aushängenden Preise gefälligst einsehen zu wollen. Wertabschätzung gratis ohne Verkaufszwang.
Geöffnet von 9—7 Uhr

Altmetalle, Alteisen, Felle
kauft zu höchsten Tagespreisen — Händler Extrapreise
Joseph Jüngling Gneisenaustraße im Hofe.

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Möbel Schränke Vertikos Bettstellen ganze Einrichtungen geg. Kasse, evtl. Teilzahl. 2652
Karsunky & Co. Reuschestraße 2, I. Ecke ...

Futterreste! Garn, Zwirn, Köper, Leinen, Aermelfutter, Hemdentuche, Serge, ... zahlt höchste Preise, mehr wie die Konkurrenz, kauft auch Original
Frau Frida Lippert Heinrichstr. Nr. 16, ...

9 bis 12, 2 bis 6 Uhr: **Herren- und Kostüm-Stoffe** billig! 1574
Ernststraße 9 hpt. r. 1 Minute vom Hauptbahnhof.

Futterreste kauft zum allerhöchsten **Dollarkurs**
H. Scholz, Weißgerbergasse 43.

Parteifreunde kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

Zielferngläser jeder Art
Gold, Silber, Dublee
-Bruch, Zähne, Ferngläser kauft
Eduard Rommel Ring 51

Goldfedern alte unbrauchb. von Füllfederhaltern kauft Georg Langer ...

Kaufe Gebr. Möbel, Kinderbettstellen **Kinderwagen** aller Art, ...
Mauen, Möbel, kauft z. höchst. Pr.
Kunert, Gneisenaustraße 11.

Inserate erzielen in der „Volkswacht" den größten Erfolg

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer, für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Graupenstr. 12. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 15. Oktober.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Veranstaltungen der Partei in dieser Woche.

Mittwoch, den 17. Oktober, abends 7½ Uhr:

Frauenleiterinnen im Gewerkschaftshause.

Post- und Telegraphenbeamte im Gewerkschaftshause, kleiner Saal.

Donnerstag, den 18. Oktober, abends 7½ Uhr:

Distrikt 18. Außerordentliche Distriktsversammlung bei Freyer, Michaelisstraße 3.

Freitag, den 19. Oktober, abends 7½ Uhr:

Kommunalbeamte im Gewerkschaftshause, Zimmer 3.

Städtische Betriebe, Vertrauensleute und Betriebsräte im Gewerkschaftshause, Zimmer 5.

Eisenbahner, Vertrauensleute und Betriebsräte im Gewerkschaftshause, Zimmer 13.

* * *

Arbeiterkinderfreunde. Der Helferkreis trifft sich heute, Montag, pünktlich ½7 Uhr, zum Beginnen des Bastelkursus. Alle besprochenen, dazu nötigen Utensilien sind mitzubringen. Am Donnerstag, ½7 Uhr, finden wir uns zur gemeinsamen Besprechung zusammen. Die Arbeitsgemeinschaft, Dr. Lewy-Maria Montessori wird fortgesetzt.

Jungsozialisten. Dienstag, abends ½8 Uhr: Sprechchor-Uebung. Es ist dringend notwendig, daß alle erscheinen.

Ein gewaltiges Feuer

brach gestern nachmittag im Dachstuhl des Elisabethinerinnen-Krankenhauses aus. Beim Eintreffen der Feuerwehr schlugen riesige Flammen aus dem Dachgebälk heraus und volle zwei Stunden angestrengtester Arbeit brauchte die Wehr, bis es gelang, dem Feuer Einhalt zu tun. Die ganze Nacht hindurch hatte die Feuerwehr noch mit den Aufräumungsarbeiten zu tun. Ueber den Brand selbst wird uns gemeldet:

Am Sonntag, den 14. Oktober, 2 Uhr 38 Minuten nachmittags, wurde die Feuerwehr nach dem Elisabethinerinnen-Krankenhaus, Gräbschener Straße 105/107, durch den nächsten öffentlichen Feuermelder gerufen. Zug I fand bei seinem Eintreffen 2 Uhr 44 Minuten eine so bedrohliche Lage vor, daß der leitende Feuerwehroffizier sofort die Meldung: „Dachstuhlbrand, Mittelfeuer" abgeben ließ. Da sich das Feuer aber schnell weiter zu verbreiten schien und im Hinblick auf die sehr große Ausdehnung und weitläufige Bauart des Krankenhauses erfolgte wenige Minuten später die Meldung:

Großfeuer an alle Feuerwachen und das Kommando der Schutzpolizei.

Der bald darauf eintreffende Branddirektor ließ die gesamten dienstfreien Mannschaften der Feuerwehr alarmieren. Es brannte der Dachstuhl des langgestreckten Gartenflügels mit seinen Einbauten. Stark bedroht waren die unmittelbar angrenzenden drei Flügelbauten, weil nirgends Brandmauern vorhanden waren. Ein unaufhörlicher Ziegelregen von herabstürzenden Dachsteinen ergoß sich auf den Hof, wodurch das Auffahren und Aufstellen der großen Drehleitern erschwert wurde. Die ersten im mittleren Treppenhaus vorgehenden Angriffstrupps konnten an den Brandherd nur auf Umwegen unter großen Schwierigkeiten heran, weil das Treppenhaus nicht bis ins Dachgeschoß führte. Ueber drei große Drehleitern wurden weitere Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt. Eine Zeitlang bestand die große Gefahr, daß auch die Bodenräume und Dachstühle der Flügelbauten vernichtet werden würden. Unter

Verwendung von neun Schlauchleitungen,

die von drei Motorspritzen gespeist wurden, gelang es jedoch, eine Ausbreitung des Brandes zu verhindern. Kurz vor 4 Uhr war die Gefahr beseitigt und es konnten die Ablöscharbeiten beginnen. Die Aufräumungsarbeiten werden voraussichtlich am 15. Oktober früh beendet sein. Während des Brandes mußte der Verkehr in der Gräbschener Straße eine Zeit lang stillgelegt werden. Die Entstehungsursache des Brandes konnte bis zur Stunde nicht ermittelt werden. Aus Sorgen für eine Gefährdung der Kranken hatte das Elisabethinerinnen-Krankenhaus

alle Krankenwagen alarmiert

und die meisten Krankenhäuser der Stadt benachrichtigt, sich bereit zu halten. Es lag aber kein Anlaß vor, daß auch nur ein einziger Kranker seine Räume hätte verlassen müssen. Der Wasserschaden ist gering. Auch konte verhindert werden, daß der Betrieb des Krankenhauses irgendwie beeinträchtigt wird. Dieser geht vielmehr ungehindert weiter. Der Bürgermeister Dr. Trentin weilte kurze Zeit auf der Brandstätte.

* * *

Der Krankenhausbetrieb ist durch das Unglück in keiner Weise gestört. Die Krankenräume, Säle und Einzelzimmer, sowie die Operations- und Beratungsräume sind vom Feuer völlig unberührt geblieben. Trotzdem ist der angerichtete Schaden und der materielle Verlust, den das Krankenhaus durch den Brand erlitten hat, groß. Viele, viele Jahre hat es der Bevölkerung Breslaus in all ihren Schichten und Konfessionen gedient. So bietet sich nun für alle, die so oder anders die Wirksamkeit des Hauses erfahren haben, Gelegenheit, durch freiwillige Gaben den Wiederaufbau zu fördern und damit einen Teil der Dankesschuld abzutragen. Geldspenden werden auf das Konto Breslau 8371 des Krankenhauses der Elisabethinerinnen erbeten.

Genosse Paul Löbe

spricht **heut abend 7½ Uhr** im Gewerkschaftshause in einer

Partei-Mitglieder-Versammlung

über: **„Die politische Lage!"**

Parteigenossinnen und -Genossen, auf, alle in die Versammlung!

Ohne Parteimitgliedsbuch kein Eintritt!

Zeitungspreis 140 Millionen.

Der Preis der „Volkswacht" mußte für diese Woche auf 140 Millionen festgesetzt werden, nachdem in der letzten Woche eine dreizehnfache Erhöhung der Papierpreise eingetreten ist. Die „Volkswacht" bleibt auch bei diesem Preise, im Vergleich zu anderen Zeitungen, sehr billig. Und daß sie im ganzen nicht zu teuer ist, lehrt ein Vergleich mit anderen Lebensnotwendigkeiten. So kostet in diesen Tagen ein Kubikmeter Gas 140 Millionen Mark, ein Liter Milch sogar über 140 Millionen Mark. Im Frieden aber kostete ein Liter Milch 12 Pfg., ein Kubikmeter Gas 15 Pfg., und die „Volkswacht" 20 Pfennig.

Wir hoffen, daß alle unsere Genossen und Genossinnen die Lage verstehen werden, in der sich auch unser Parteiblatt heut befindet, und unermüdlich für seine weitere Verbreitung arbeiten werden.

Freies Brot aus 80prozentigem Mehl.

Der Magistrat schreibt:

Nunmehr sind alle Teile der Bevölkerung auf den Bezug von markenfreiem Gebäck angewiesen. Dadurch tritt für jeden Haushalt eine empfindliche Mehrbelastung ein. Denn die Belieferung der Gemeinde mit Getreide und Mehl, das durch Reichszuschüsse erheblich verbilligt war, ist weggefallen, und die Brotfabriken und Bäckereien sind auf den Bezug von Mehl aus dem freien Handel angewiesen, das stets erheblich teurer ausfällt als das durch die Reichsgetreidestelle bezogene Mehl, das gerade in den letzten Tagen durch die katastrophale Geldentwertung den Preis des bewirtschafteten Mehles um ein Vielfaches überholt hat. Um bei dieser Sachlage der Bevölkerung gleichwohl den Bezug eines denkbar billigen Brotes sicherzustellen, das immerhin ein Mehrfaches des bisherigen Brotpreises kosten wird, haben in den letzten Tagen beim Magistrat Verhandlungen mit sämtlichen Brot herstellenden Betrieben stattgefunden. Hierbei haben sich die Brotfabriken ebenso wie die Bäckerinnung für ihre sämtlichen Kleinbetriebe verpflichtet, unbedingt dafür Sorge zu tragen, daß jede Verkaufsstelle stets 80 Prozent-Brot ausreichend vorrätig hält, sodaß niemand das teure, helle Brot kaufen muß und dadurch zu ungewollter Mehrausgabe genötigt wird. Nach übereinstimmender Ansicht ist das aus 80prozentigem Mehl erbackene Brot das rationellste und immerhin auch billigste und hinsichtlich des Nähr- und Sättigungswertes und in der technischen Herstellung das vorteilhafteste Gebäck, deshalb hat sich auch der Magistrat damit einverstanden erklärt, daß nunmehr im freien Verkehr durchweg ein dunkles Brot aus 80 Prozent Mehl zum Verkauf gestellt wird.

Die Stadtverteilungsstelle hat nunmehr mit der Brotversorgung nichts mehr zu tun. Beschwerden über Preis und Güte des Brotes sind daher nur noch an die Preisprüfungsstelle, Blücherplatz 6/7, III, zu richten. (Eine Verlängerung der Markenbrotversorgung ist leider bis heute noch nicht erreicht. Red.)

* * *

Wie uns mitgeteilt wird, sind die Bäckereien vielfach zur Herstellung kleineren Brotes übergegangen, um bei den hohen Preisen einen leichteren Absatz zu haben. Demgegenüber wiegt im Konsumverein „Vorwärts" das Brot auch weiterhin vier Pfund, woraus sich etwa auffallende Preisunterschiede erklären. Denn erstens können sich Großbetriebe nicht so leicht auf ein anderes Format umstellen, und andererseits ist das gewohnte Format für die Kundschaft am vorteilhaftesten im Verbrauch.

Erwerbslosen-Demonstration vor der Regierung.

Die wirtschaftliche Not ist erschreckend groß. Sie zu lindern und zu beseitigen ist vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Ist doch gerade die Einführung der Erwerbslosen- und Kurzarbeiter-Unterstützung den Sozialdemokraten zu verdanken. Auch der Breslauer Magistrat wird Hunderte von Billionen in den Etat stellen, um die Not der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner im kommenden Winter zu lindern. Das ist notwendig! Aber es sind Drahtzieher am Werke, um die Not und das Elend der Massen vor den Parteikarren zu spannen.

Am Sonnabend wurden die Arbeitslosen durch Kreideaufschrift an den Häuserwänden aufgefordert, Sonnabend, den 13. Oktober, mittags 2 Uhr, in Massen vor der Regierung zu erscheinen. Frauen und Kinder sind mitzubringen! Von den 25 000 Arbeitslosen folgten höchstens 1000 Mann dem Rufe. Um ½3 Uhr erschien die Schupo, um den Platz ohne große Zwischenfälle wieder zu räumen. Von den Führern der Erwerbslosen war wieder nichts zu sehen. Was mit Demonstration erreicht werden sollte, ist leicht erkennbar. Der schwarze 20. Juli ist in aller Erinnerung. Den Schaden müssen jetzt die Bürger bezahlen. Wußten die Führer nicht, daß der Ausnahmezustand besteht und Ansammlungen unter freien Himmel militärisch verboten sind?

Man führt die hungernden Massen vor die Mündung der Gewehre, um bei einem Zusammenstoß dann den Behörden die Schuld zuzumessen und die erbitterten Massen dem links- oder rechtsradikalen Lager zuzutreiben.

Wir müssen dieses Manöver zurückweisen. Was zur Linderung der Not getan werden kann, wird seitens der Sozialdemokratischen Partei getan, um das furchtbare Elend zu beseitigen.

Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung

betragen für die Woche vom 10. bis zum 16. Oktober wochentäglich für die Ortsklassen A, B, C und D bezw. E für männliche Personen, wenn sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 165, 155, 145 und 135 Millionen Mark. Lebt die unterstützungsberechtigte Person in einem fremden Haushalt, so reduzieren sich die Sätze auf 130, 120, 110 und 100 Millionen Mark. Personen unter 21 Jahren erhalten 100, 90, 80 und 70 Millionen Mark. Für weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt betragen die Sätze 130, 120, 110 und 100 Millionen Mark; sie verringern sich für Personen ohne eigenen Haushalt auf 110, 100, 90 und 80 Millionen Mark. Die Unterstützungen für weibliche Personen unter 21 Jahre belaufen sich auf 75, 70, 66 und 60 Millionen Mark. Die Familienzuschläge für den Ehegatten wurden auf 60, 55, 50 und 45 Millionen, für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige auf 50, 45, 40 und 35 Millionen Mark erhöht.

Milchpreis 148½ Millionen.

Die Milchpreise in Breslau sind für die Zeit vom 15. bis 18. Oktober wie folgt festgesetzt worden: Erzeugerpreis 114 285 714 Mk., Großhandelspreis 139 428 571 Mk., Kleinhandelspreis 148 571 428 Mk.

Menschenfreunde!

Die Firma **Gotthilf, Tuchgeschäft Lohestraße 15,** hat durch die Partei dem Arbeiter-Wohlfahrtsausschuß 24 m Stoff für besonders Bedürftige überwiesen. Der Dank Aller ist ihr gewiß.

Friseur Kobliz, Lehmgrubenstraße 60, hat einer Anzahl Knabenschulen im Süden mitgeteilt, daß er jede Woche für 10 Jungen gratis Haare zu schneiden bereit ist. Hilft so jeder nach seinen Kräften, dann kann viel Not gelindert werden.

* **Verloren.** Bei der Kinderveranstaltung im Gewerkschaftshause am Sonnabend hat eine junge, unbemittelte Genossin ihre Geldbörse mit Inhalt verloren. Der Finder wird gebeten, sie am Büfett des Gewerkschaftshauses abzugeben.

* **Tatgemeinschaft „Junge Menschen".** Dienstag, 16. Oktober, abends 7½ Uhr, Guttemplerloge, Martinistraße. Hauptschriftleiter Birnbaum spricht über: „Wirtschaftlicher Aufbau und kulturelle Probleme des modernen Pressewesens". Anschließend Aussprache. Alle vorwärtsgerichtete Jugend ist willkommen.

Lobetheater.

„Vatermord".

Schauspiel in einem Aufzuge von Arnolt Bronnen.

Nur eine einmalige Aufführung war angekündigt worden — und es war gut so. Möchten wir vor ähnlichen Stücken, die gerade gesagt, an Experimente erinnern, verschont bleiben. Nicht nur dem Publikum, sondern auch den Darstellern wurden ganz ungeheure, völlig unberechtigte Anforderungen zugemutet. Drei lange Stunden erlebten wir das Unwahrscheinlichste. Ein Mensch (so nennt ihn der Verfasser) wird, weil er die Zukunftspläne eines anderen Menschen, eines Vaters, durchkreuzen will, pausenlos geschlagen, verhöhnt, gemißhandelt. Handgreiflichkeit, böse, häßliche Worte sollen hier überzeugend wirken. — Doch schließlich ermannt sich jener Sohn, wird Mensch, leistet Widerstand und fällt seinen Peiniger — daher Vatermord. Man hört immer und immer wieder dieselben Dialoge und Selbstgespräche, aber alles ist ohne Wärme, ohne Tiefe — Rauch und Schall. Es verpufft alles in Brutalität, Pulverdampf und Kraftausdrücken. — Der Autor baute sich eine fremde, unbekannte Welt, fern vom natürlichen Leben, fern vom ursprünglichen Empfinden. Kalte, schwarze Nacht scheint trotz Sonnenuntergang und Zwielichtstimmung, trotz Frühlingssturm und Tauwasser über seinen Menschen, die garnicht mal originell sind, zu hängen — und bei Nacht und Nebel findet sich dann so mancher nicht zurecht. O nein Herr Bronnen, solche Menschen mit solchen Veranlagungen müssen noch geboren werden — aber dann ist es Zeit mit ihnen sofort — nach irgend einer Nervenklinik.

Die Künstler, die zweifellos mit großer Hingabe spielten, standen auf verlorenem Posten. Herr Renser als Walter Fessel, eine unmögliche Duldernatur, trotz Rede und Gebärde ohne innere Kraft, ganz der Sonderheit des Stückes angepaßt. Den brutalen Vater Ignatz Fessel (warum heißt er nicht bald Iwan?) spielte Herr Remetz. Er holte aus der dürftigen, polternden Rolle alles heraus. Fräulein Mahr als Ehefrau und Mutter pendelt zwischen Gatten und Sohn war ausgeglichen und sicher. Fräulein Grade keifch, zänkisch, aber immer auf dem Posten. Der Beifall am Schluß galt den Spielern. Er war verdient. Sonst war es ein verlorener Abend. —on.

Stadttheater.

„Die Nachtglocke." — „Klein Idas Blumen."

„Die Nachtglocke" hängt in der Apotheke des berühmten Apothekers Hannibal und läutet gerade während der Hochzeitsnacht des alten Herrn unaufhörlich, da ein Patient nach dem anderen seine Hilfe braucht, so daß er bis zum frühen Morgen nicht zu seiner jungen Braut Serafina kommt. Die angeblichen Patienten, die den alten Bräutigam aufhalten, ärgern, bedrohen und ablenken, sind allesamt nur Masken, hinter denen jedesmal der Liebhaber und Vetter der Braut, Enrico, steckt, der auf diese Weise seine Serafina vor dem Vollzug der Ehe mit dem alten Apotheker retten will und dank der Unterstützung der Schwiegermutter auch Erfolg damit hat. Die Verkleidungsrolle des jungen Liebhabers gibt auch Anlaß zu einer Reihe von musikalischen Verkleidungsscherzen, die der alte Donizetti mit naivem aber sicherem Sinn für Theatereffekt und einem achtbaren Rest aus der Tradition der altitalienischen Volksoper recht lustig arrangiert hat: der Vetter singt bald eine Heldentenor-Arie, bald mit verstelltem Falsett eine Altweiberrolle und bringt den alten Apotheker natürlich sogar dazu, ihn in komischen Duetten zu begleiten. Der burleske Einakter des guten Donizetti ist von Wilhelm Kleefeld unseren Bühnenbedürfnissen geschickt angepaßt worden und holte sich am Freitag unter der Leitung des neuen Kapellmeisters Vandsburger seinen ersten Erfolg in diesem Jahrhundert. Julius Wilhelmi spielte den alten Apotheker mit seiner ganzen musikalischen Grazie, die diesmal auch der Inszenierung und Spielleitung zugute kam. Die Bombenrolle des Liebhabers in den unendlichen Verkleidungen gab Karl August Neumann Gelegenheit, sich so recht in seinem Element zu entfalten, während die Braut bei Elli Mirkow und die beiden kleineren Rollen bei Frau Reisch und Herrn Hauschild ebenfalls vortrefflich aufgehoben wären.

Anschließend gab das Ellen Petz-Ballet eine neue Einstudierung: Paul v. Klenaus graziöse Ballet-Pantomime „Klein Idas Blumen", ein Traumstück von leicht ansprechendem, aber nicht ebenso leicht wieder aus dem Gedächtnis verwischbarem, feinen musikalischem Reize, von anmutiger, aber straffer thematischer Linienführung und entsprechenden Anforderungen an die Kenntnisse der Ballet-Inszenierung. Klenaus Musik verbindet die Ueberlieferung alt-österreichischer Tanzrhythmen mit moderner Harmonik. Ihre Harmonien sind durchsichtig genug, um den Hörer die melodiöse Themenführung keinen Augenblick verlieren zu lassen. Dabei handelte es sich aber nicht etwa um unechte Halbtonfärbungen trivialer Akkordfolgen, mit denen etwa Puccini solche Durchsichtigkeit erfolglos zu erkaufen sucht, sondern um eigenartige, wenn auch nicht gerade abgründig tiefe harmonische Einfälle.

Die musikalische wie die tänzerische Aufführung war ausgezeichnet. Das Orchester löste unter Vandsburgers Leitung seine Aufgabe so spielend, wie man es bei einem Ballett nur wünschen kann. Innerhalb der Tanzleistung traten die Einzeltänzer hinter der Gesamtleistung in vorbildlicher Weise zurück, was Frau Petz zu um so höherem Ruhm gereicht, als sie selbst die Titelrolle verkörperte. Die Mischung von reiner Kindlichkeit der Bewegungen und weiblicher Grazie in dieser Gestalt verliert sich so leicht nicht aus dem Gedächtnis. Ferry Dworak hatte es als ihr Gegenspieler nicht ganz leicht, während Hermann Cichos und die vom Publikum mit besonderem Entzücken bewunderten Kinder Schubert und Hellmann drei besonders dankbare groteske Traumgestalten verkörperten. Nicht vergessen sei die diesmal ganz nuancensichere Gestaltung der Szenerie und der Kostüme, denen von dem wirklich märchenhaften Gesamteindruck auch ein guter Teil zu verdanken sei. Ob wir viel mehr vom Kulturgut dieses vormärzlichen Europa retten werden als das, was in solchen Klängen und Gesten eingefangen ist? Jedenfalls ist es wohl kein Zufall, daß diese Kunst ohne Worte und ohne Gedanken, die nur Gefühle und Gebärden bannt, uns wieder leichter anspricht als früher. Aber erst, wenn man nach einem solchen Ballett die Oper wieder verläßt, kommen solche trüben Fragen auf, wie die, ob dieser Gewinn an Kunstform-Pflege zugleich doch auch eine kulturelle Verärmerung anzeigt, die Verarmung sein muß. . . . B.

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz D Ohne Gewähr

Erste Breslauer Wurst- und Konserven-Fabrik
Ohlauerstr. 80
Zweigniederlassung: Glatz Franksteiner Straße 10
Rudolf Dietrich

Breeches für Damen und Herren
Sportanzüge
Herrenkleider aller Art, tadellose Formen wie Maßarbeit, billiger, da eigene Herstellung.
Gummimäntel
D. & E. Wollmann G. m. b. H.
Breslau 1, Gartenstr. 98, vis-à-vis dem Hauptbahnhof

Gebr. Bader · Büttnerstr. 6

Leinenhaus Gotthard Völkel
Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Straße 51
Inletts — Züchen — Leinen — Trikotagen
Damenwäsche — Berufskleidung jeder Art — Arbeitshemden usw. / Eigene Anfertigung

Reserviert für M. Anders Nachf.

S. Gruschka
Tel. Ring 3688 Paradiesstr. 11 Tel. Ring 3688
Berufskleidung für Arbeiter, Fausthandschuhfabrik

Benno Ascher
en gros Friedrich-Wilhelm-Straße 8 en détail
Größte Auswahl in Musseline · Zephir
Züchen · Inletts · Manchester usw.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Berthold Rosenfeld
Nikolaistraße 78/79, drittes Haus vom Ring
Telephon Ring 3674
Manufaktur : Leinen : Wäsche : Wollwaren

N. Berger, Ring 45
Seidenwaren — Wollstoffe
Konfektion

Max Schäfer
Ohlauer Straße 5
Spezialhaus für Herren-Wäsche

Carl Meyer
Neue Graupenstr. 11
Spirituosen-Wein
u. Tafelessig

E. Leuchtag
Breslau 6 · Wachtplatz
Damen- und Kinder-Konfektion
Billigste Bezugsquelle der Nikolai-Vorstadt

Ernst Loebinger
Friedrich-Wilhelmstraße 72
Glas · Porzellan · Steingut
Haus- und Küchengeräte · Geschenkartikel

J. Braun, Blücherplatz 1 (Laden)
Große Auswahl in
Tuchen und Stoffen

Bekleidungs-Haus J. Ruben
Breslau, Frankfurter Straße 60—62. Tel. Ohle 370
Herren- und Knaben-Bekleidung, fertig u. nach Maß

Schuhhaus Wachtplatz
Friedrich-Wilhelmstraße 12 (am Wachtplatz)
Bestes, billigste Bezugsquelle für Schuhe & Schuhwaren

S. Ucko, Taschenstraße 3
Preiswerte Schuhe in Leder und Gummi

Leonhard Loewenthal
Gräbschener Straße 187/199 : Breslau 24 : Tel.: Ring 9211 u. Ohle 1460
Abteilung 1: **Schrott-Großhandlung**
Uebernahme von Abbrüchen alter Fabrik- und Maschinenanlagen
Abteilung 2: **Häute- u. Felle-Großhandlung**
Abteilung 3: **Lumpen-Sortierbetriebe**

Breslau **Geschw. Trautner** Ring 49/50
Kleider — Blusen — Röcke — Strickjacken
Kleiderstoffe in Wolle, Seide und Baumwolle
Handschuhe — Strümpfe — Weißwaren

J. Schlamme & Co.
Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
Gegr. 1880 * Breslau 1 : Schweidnitzer Straße 31 : Telephon Ring 1515 * Gegr. 1880

Tuchhaus M. Fass, G. m. b. H.
Kupferschmiedestr. 18, Schmiedebrücke 55 · Tel.: R. 8470
Herren- und Damen-Tuche
Leinen- und Baumwollwaren

Goldstein & Rettig
Spezialhaus für Damen-Kleiderstoffe
Breslau Hintermarkt 2

Abfahrt der Züge von Breslau Freibg.-Bahnh.

D = Durchgangswagen, W = Werktags, S = Sonn- und Feiertags, Δ = Bahnpost.

Nach Richtung Hirschberg—Görlitz—Berlin.

Δ 4[illegible] nach Hirschberg-Berlin	†† 11[illegible] Schnellzug mit Speisewagen Berlin	2[illegible] nach Görlitz	6[illegible] nach Görlitz	D 651 nach Hirschberg-Berlin	Δ 8[illegible] nach Hirschberg-Berlin	† 1246 nach Görlitz	12[illegible] nach Görlitz-Cottbus	W 315 nach Hirschberg	Δ 426 nach Hirschberg-Berlin	Δ 6[illegible] nach Hirschberg-Berlin-Leipzig	1018 nach Dittersbach	11[illegible] nach Görlitz

† Okt.—März tägl.

Nach Richtung Glogau.

1230 nach Glogau Oktober bis März	550 nach Haugsdorf	W 140 nach Glogau-Berlin	1[illegible] nach Glogau u. O.

†† Verkehrt nur auf besondere Anordnung

Vorortzüge nach Deutsch-Lissa.

W 536	W § 638	W 1235	148	§ 250
W 4[illegible]	W 541	S 648	748	W* 1248

* Verkehrt nicht in der Nacht nach Sonn- u. Feiertag.

Ankunft der Züge in Breslau Freiburg.-Bahnh.

Von Richtung Hirschberg.

550	W 735	786	902	1145	W 246	3[illegible]	6[illegible]	D 650	S 855 bis 18. Nov.	918	†† 11[illegible]	12[illegible]

Von Richtung Glogau.

5[illegible]	1011	W 333	8[illegible]

Vorortzüge von Deutsch-Lissa.

W 512	W 628	738	W 136	241	§ 354	W 522	W 700	S 814	§ 850	S 1138

§ Mai—Ende Okt. tägl., Nov.—Ende April W.

Werdet Mitglieder und Käufer im Konsum- und Sparverein „Vorwärts"

Reserviert

Brodeck, Lewin & Co.
Schweidnitzer Straße 10/11 : Herrenkleiderfabrik

Jonas & Seidlitz, Breslau 8
Feldstraße Nr. 31. — Telefon Ring 1031 (Nebenstelle)
Holzgroßhandlung. Lager: Schönstraße Nr. 14/16, Endstation der Straßenbahn-Linie 6

B. Guttentag
Gegründet 1850 — Telefon Ring 1797
Herren- und Knabenkleiderfabrik
Breslau 1, Büttnerstraße 26/27

v. Wallenberg Pachaly & Co., Breslau V
Tauentzienstraße 5 — Telephon: Ring 7876—79
Reichsbank-Girokonto, Postscheckkonto Breslau 40800
Stadtkasse Ring 11, Ecke Blücherplatz

Frost Kawelke & Co.
Rohprodukten-Großhandlung
Telephon Ring 8231 * Breslau 6, Westendstraße Nr. 35 * Telephon Ring 8231

Joseph Hoffmann
Siebenhubener Str. 11/13 (nächst dem Freiburger Bahnhof)
Tel.: Ohle 1860 · Einkaufsstelle sämtlicher Häute und Felle · Tel.: Ohle 1860

Gute u. preiswerte Waren finden Sie stets im
Kaufhaus Levinthal
Frankfurter Straße 117
gegenüber dem Schlachthofe

Schuhhaus Kasper
Friedrich-Wilhelm-Str. 36 (Eckhaus Dessauerstr.)
Das moderne Schuhhaus des Westens

Max Wenzel & Co.
G. m. b. H.
Am Rathaus 25/26
Fabrik für
Herren- und Knaben-Kleidung

Felle- und Häutehandlung
Berliner Straße 55 — Telefon Ring 6749

Sally Grünbaum, Gartenstraße 21
Serge, Zanella, Aermelfutter, Roßhaar und Wattierleinen.

Widawer & Zerkowski
Herrenkleider-Fabrik
Schweidnitzer Straße 28

Schirdewan-Jubiläumsmarke
Schirdewan Breslauer Klosterkorn allen voran!
Karl Schirdewan, K. a. A.
Gegr. 1762 BRESLAU Gegr. 1762

Emanuel Bartenstein
Ring 60 Eingang Oderstr 1. Tel. Ohle 150
Kurz-, Wollwaren, Haarnetze, Strickgarne, Arbeiterwäsche, Nessel- u. Barchentjacken.
Billigste Einkaufsstelle für Schüler.

Kaufhaus H. Russ
Friedrich-Wilhelm-Straße 92
Manufaktur-, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Händler u. Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise

Kaufhaus H. Wassermann
Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 35
Manufakturwaren, Wäsche Trikotagen, Wollwaren
Kinderwagen

Fritz Maerker Albrechtstraße 21
Größtes Spezialhaus für Herren-Hüte u. -Mützen

Wein- u. Spirituosen-Großhandlung **J. Goldstein**
Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Straße 30
empfiehlt sich zum Einkauf sämtlicher Rhein-, Moselweine, Sekte, Liköre und Weinbrände

Trauer-Hüte
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Hulda Siedner, Schmiedebrücke 15/16
Tel. R. 3748 Ecke Kupferschmiedestr. Tel. R. 3748

Zuckermann & Weiß
Herrenkleider-Fabrik
Tel. Ohle 875 Schuhbrücke 61/62 Tel. Ohle 875

S. H. Joachimssohn
BRESLAU 17
Fleischereimaschinen-Fabrik
Darmhandlung

Max Schulz
Schuhgroßhandlung
Tel. Ohle 331 Schwertstr. 5a Tel. Ohle 331

London & Co. Oderstraße 5 5. Haus vom Ring
Bürstenwaren aller Art
Pinsel, Kämme, Scheuertücher

Ludwig Romann Tuche en gros
Sonnenstraße 2, I, am Sonnenplatz
Telefon Ohle 7610

L. Prager, Albrechtstraße 5
Herren- und Knaben-Bekleidung
Anfertigung nach Maß